Einzelpreis 20 Pfennig • 3. Jahrgang — Sonnabend, den 24. April 1920 — Nummer 141 • Morgen-Ausgabe

Die „Freiheit" erscheint morgens und nachmittags, an Sonn- und Festtagen nur morgens. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus für Groß-Berlin 7.50 M. im voraus zahlbar. Für Postbezug nehmen sämtliche Postanstalten Bestellungen entgegen. Unter Kreuzband bezogen für Deutschland und Oesterreich 10.— M., für das übrige Ausland 13.50 M. zuzüglich Valutaaufschlag, per Brief für Deutschland und Oesterreich 17.— M.

Redaktion und Expedition: Berlin NW. 6, Schiffbauerdamm 19 III.
Fernsprecher: Amt Norden 833—36, 2895 und 2896.

Inserate kosten die achtgesp. Nonpareillezeile oder deren Raum 3.00 Mk. zuzügl. 50% Teuerungszuschlag. Familien- und Organisationsanzeigen die achtgesp. Nonpareillezeile 2.40 Mk. netto. Kleine Anzeigen: Das fettgedruckte Wort 1.15 M., jedes weitere Wort 85 Pfg., zuzügl. 50% Teuerungszuschlag. Stellengesuche, Familien- u. Organisations-Wort-Anzeigen kosten das fettgedruckte Wort 1.15 Mk., jedes weitere Wort 85 Pfg. netto.

Inseraten-Abteilung: Berlin NW. 6, Schiffbauerdamm 19
Fernsprecher: Amt Norden 833—36, 2895—96, 9768

Freiheit

Berliner Organ der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Die Militarisierung Deutschlands.

Fort mit der Reichswehr!

Die deutsche Regierung hat an die Verbandsstaaten am 21. April eine Note gerichtet, in der sie um die dauernde Beibehaltung eines 200 000 Mann starken Heeres bittet. Zur Begründung wird ausgeführt, daß 100 000 Mann zur Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung nicht ausreichten. Die bolschewistische Gefahr, die in Wirklichkeit gar nicht besteht, wird in übertriebenen Farben geschildert, um die Entente dem Wunsch der deutschen Regierung geneigt zu machen. Es wird vor allem darauf hingewiesen, daß für jede Infanteriedivision des 200 000 Mann starken Heeres auch je ein Bataillon schwerer Artillerie notwendig sei, sowie insgesamt acht Fliegerabteilungen und vier Eisenbahnkompagnien. Die schwere Artillerie sei vor allem deshalb erforderlich, weil die bisherigen Erfahrungen gelehrt hätten, daß die „umstürzlerischen Elemente" bei ihrem Kampf gegen die Regierungstruppen Feldbefestigungen anlegten, und diese könnten nur durch schwere Artillerie niedergekämpft werden.

Die Regierung folgt in ihrer Note ganz den Spuren der militaristischen Lügenmacher, die den Arbeitern, die zum Kampfe gegen die Kapp-Banden die Waffen ergriffen hatten, eine Gefechtsstärke beimaßen, die sie gar nicht besaßen. Es wurde von den Arbeitern behauptet, daß sie über eine festgefügte militärische Organisation verfügten, daß ihnen alle modernen Kampfmittel, sogar schwere Geschütze, zur Verfügung gestanden hätten. Alle diese Behauptungen waren unwahr. Die Arbeiterschaft besaß bei Ausbruch des Kapp-Putsches überhaupt keine Waffen; sie eignete sich zur Abwehr des reaktionären Anschlages lediglich die versteckt gehaltenen Waffen der Einwohnerwehr an, erbeutete im siegreichen Kampfe gegen die monarchistischen Rebellen noch weitere Waffen und erzielte damit schließlich die Erfolge, die den militaristischen Kreisen Deutschlands heute noch so wehe tun, daß sie mit Lügen und Verleumdungen ihre Niederlage zu bemänteln suchen und darüber hinaus die Notwendigkeit einer starken Wehrmacht fordern.

Die Regierung ist diesen Einflüsterungen der reaktionären Militärs unterlegen. Sie verbreitet in ihrer Note sogar das Märchen von Feldbefestigungen, die nur in der Phantasie militärischer Münchhausen existieren. Und mehr noch: sie will für den Kampf gegen den „inneren Feind" sogar Fliegerformationen verwenden, deren Aufgabe sie in der Note wie folgt umschreibt:

1. Aufrechterhaltung der Verbindungen und Beförderung von Nachrichten und Personen bei Störung oder Ausfall der gewöhnlichen Verkehrsmittel (Bahn, Fernsprecher, Telegraph).
2. Aufklärung, Beruhigung, Warnung der Bevölkerung durch Flugblätterabwurf.
3. Erkundung und Ueberwachung staatsfeindlicher Maßnahmen und eigener Truppenbewegungen. **Eingreifen in den Straßenkampf.**

Nach diesen Auslassungen scheint für die Regierung der Bürgerkrieg der gegebene Zustand zu sein. Es muß aber zur Steuer der Wahrheit daran festgehalten werden, daß die revolutionäre Arbeiterschaft ihren Kampf zur Erringung des Sozialismus bisher nur mit geistigen Waffen geführt hat, und daß sie ihn auch weiterhin so führen wird. Nur in der Abwehr reaktionärer Anschläge hat sie bei den letzten Kämpfen vereinzelt zu den Waffen gegriffen. Daraus läßt sich aber keineswegs die Notwendigkeit einer dauernd auf 200 000 Mann verstärkten Reichswehr ableiten. Im Gegenteil, die Reichswehr wird in dieser Stärke zu einem ständigen Gefahrpunkt für die Republik, der deutsche Militarismus bleibt am Leben, er wird sich selbst die Möglichkeit zu einer Betätigung nach innen und nach außen hin verschaffen, der friedlichen Entwicklung wird er durch gewaltsame Eingriffe den Weg versperren und so dauernd zum Bremsklotz der Geschichte werden.

Daß die Regierung mit ihrer Forderung nach einer verstärkten Wehrmacht gerade in dem Augenblick kommt, wo die Wehrmacht bereit war, die Republik zu zerschlagen und ein monarchistisches Gewaltregiment aufzurichten, beweist, daß die Regierung sich noch wie vor in der völligen Gefolgschaft der Generalität befindet. Nur Revanchepolitiker brauchen eine starke Reichswehr. **Die deutsche Arbeiterklasse aber, die von einem neuen** Kriege nichts wissen will, erhebt die einmütige Forderung auf Abschaffung der Wehrmacht. Wir brauchen lediglich eine zuverlässige Ordnungspolizei. Die Reichswehr ist ein Instrument der monarchistischen Gegenrevolution. Sie darf also nicht verstärkt werden, sondern ihre restlose Beseitigung ist erforderlich.

Frankreichs Haltung noch unklar.

San Remo, 22. April. (Havas.)

Die deutsche Note, welche die Forderung von einer Armee von zweihunderttausend Mann stellt, hat in Konferenzkreisen lebhaften Eindruck hervorgerufen. Es scheint, daß sie ohne Ueberraschung und sogar mit gewissem Wohlwollen auf italienischer und englischer Seite aufgenommen wurde. Auf französischer Seite behält man sich die Bildung einer Meinung vor bis zur Prüfung dieser Frage durch die Konferenz. Es ist möglich, daß die bolschewistische Gefahr eine Vermehrung des deutschen Heeres erheischt. Nach dem militaristischen Staatsstreich Kapps kann Frankreich gegen eine Verstärkung der deutschen Armee Bedenken hegen. Wenn der Bolschewismus zu fürchten ist, so ist es der Militarismus nicht weniger. Wenn der Friedensvertrag die von Deutschland gewünschte Abänderung erfährt, scheint es gerechtfertigt zu sein, daß Frankreich genügende Garantien erhält gegenüber jedem Versuch einer militaristischen Revanche.

England für die verstärkte Wehrmacht?

H. N. Paris, 23. April.

Der „Matin" meldet aus San Remo: Die Antwort auf die deutsche Note wird am Sonnabend geprüft werden unter Mitarbeit der belgischen Minister und in Anwesenheit des amerikanischen Botschafters in Rom. Lloyd George erklärte einem amerikanischen Journalisten, daß er wohl von Deutschland die Ausführung des Vertrages verlangen wolle, daß aber seiner Meinung nach Deutschland den Vertrag nicht verletzt oder gar bösen Willen bei der Durchführung seiner Verpflichtungen gezeigt habe. Er halte die Bitte der deutschen Regierung, eine Armee von 200 000 Mann beibehalten zu dürfen, für berechtigt. In dieser Form argumentierte Lloyd George die Antwort, die er Deutschland und auch Frankreich auf seine Bitte, auf die strikte Durchführung des Vertrages zu bestehen, erteilen wird. Unter diesen Umständen zwinge Lloyd George Frankreich, allein vorzugehen. Diesen Umstand findet der „Matin" noch viel bedauerlicher, als wenn Lloyd George und Nitti sich geweigert hätten, die von Frankreich gewünschte Note zu unterzeichnen. Ein belgischer Delegierter bei der Konferenz erklärte einem Mitarbeiter des „Petit Journal" gegenüber, die Rolle Belgiens sei, Frankreich und England zu versöhnen.

Die Konferenz in San Remo.

Noch keine Vereinbarung über die zukünftige Haltung.

Rotterdam, 23. April.

Times meldet aus San Remo, daß eine Vereinbarung zwischen den Vertretern Frankreichs, Englands und Italiens über die Haltung gegenüber den deutschen Verstößen gegen den Friedensvertrag nicht zustande gekommen sei. In Frankreich glaube man, daß Lloyd Georges Pläne für einen wirtschaftlichen Druck völlig unzureichend sind.

Westminster Gazette schreibt: Wir würden dem französischen Volke keinen Dienst erweisen, wenn wir es in der Ueberzeugung bestärkten, das englische Volk stehe unbedingt hinter Millerand und Foch. Die Engländer und Italiener glauben, daß bei der Anwendung des Vertrages der gesunde Verstand zur Geltung kommen muß. Im Grunde wollen wir dasselbe wie das französische Volk: die Entwaffnung Deutschlands in solchem Maße, daß es keine Bedrohung für seine Nachbarn bildet, die Bezahlung einer ansehnlichen Summe und erträgliche Beziehungen mit Deutschland, damit wir alle in Frieden ohne übergroße Lasten leben können. Westminster Gazette kann nicht annehmen, daß über ein so einfaches Programm eine Einigung nicht erreichbar sein sollte.

Keine Einladung an Deutschland.

T. U. Berlin, 23. April.

Wie die „Telegraphen-Union meldet, liegt an zuständiger Stelle noch keine offizielle Einladung für eine Beteiligung Deutschlands an der Konferenz in San Remo vor. Es ist auch kaum anzunehmen, daß der Reichskanzler noch zu den Verhandlungen hinzugezogen wird, da die Konferenz morgen bereits ihr Ende erreicht.

Die Preußische Verfassung.

Von Walter Stoecker.

Kühl bis ans Herz hinan stand das deutsche revolutionäre Proletariat den Beratungen der Nationalversammlung in Weimar über die Reichsverfassung gegenüber. Ganz Deutschland zitterte und bebte in jenen Monaten vor den großen Massenaktionen der Arbeiter, die sich um ihr Hauptkampfziel, den Sozialismus, betrogen sahen. Damals schon lebte in den Massen der Glaube an eine baldige Wendung der Dinge. Durch die konterrevolutionäre Haltung der Rechtssozialisten bis zum 13. März haben sich die Macht- und Kraftverhältnisse zwischen Bürgertum und Proletariat verschoben. Die in Weimar beschlossene Verfassung ist, mögen wir darüber denken, wie wir wollen, mögen wir sie noch so sehr zum Teufel wünschen, der Boden, auf dem wir uns bewegen müssen. Der zur Binsenweisheit gewordene Satz Ferdinand Lassalles, daß Verfassungsfragen Machtfragen seien, ist der Arbeiterklasse Deutschlands seit dem 9. November zur Genüge eingehämmert worden; sind doch die papiernen Paragraphen der Weimarer Verfassung nur stilistische Formeln für die Tatsache, daß die kapitalistische Bourgeoisie mit Hilfe der Scheinsozialisten die Oberhand über das revolutionäre Proletariat gewonnen hat.

In wenigen Tagen beginnt in der Preußischen Landesversammlung der Kampf um die preußische Verfassung. Ein äußeres Zeichen für die veränderten Machtverhältnisse: Die Reichsverfassung braute man aus Angst vor dem revolutionären Proletariat im Sommer vorigen Jahres im stillen Weimar, fern von dem Zentrum der deutschen Arbeit. Inzwischen ist die Arbeiterklasse so niedergerungen, daß sich die weitere Schutzgesetzgebung für das Bürgertum und das Kapital — anders kann man die Betätigung der bürgerlichen Parlamente bei deren Zusammensetzung nicht bezeichnen — wieder in Berlin vollziehen kann. Der Verfassungsentwurf, den die preußische Regierung der Landesversammlung vorgelegt hat, ist ein verschlechterter Abklatsch der Reichsverfassung. Kein Wunder, haben doch die Rechtssozialisten seit Monaten hinter den Kulissen mit den bürgerlichen Parteien gekuhhandelt, um sich über einen gemeinsamen Vorschlag zu verständigen. Erklärte doch vor einigen Monaten der damalige Ministerpräsident Hirsch in der Landesversammlung, daß die Regierung die Verfassung erst vorlegen werde, wenn sich die Mehrheitsparteien auf eine Fassung geeinigt hätten.

Der der Landesversammlung vorliegende Verfassungsentwurf ist noch von den inzwischen abgehalfterten Hirsch und Heine unterzeichnet worden. Die neue preußische Regierung Braun—Severing, die sich zunächst den Anschein gab, energisch gegen die Reaktion vorzugehen, scheint wirklich den unglaublichen Verfassungsentwurf Heines vertreten zu wollen. Sehen wir uns dieses Produkt etwas näher an.

Das natürliche Ergebnis der Kompromisselei mit der kapitalistischen Demokratie und dem reaktionären Zentrum ist eine immer weitere Durchlöcherung der sogenannten Demokratie. Während die Reichsverfassung die politische Macht durch die Volksabstimmung, das sogenannte Volksbegehren und den Volksentscheid, neben dem Parlament auch in die Hände des Volkes legte, ist von irgendwelchen Volksabstimmungen in dem preußischen Verfassungsentwurf überhaupt keine Rede mehr. Der ganze Entwurf kann seine preußische Herkunft nicht verbergen. Während die (allerdings sämtlich noch im vergangenen Jahre beschlossenen) Verfassungen Badens, Bayerns, Württembergs, Hessens das Recht auf Volksabstimmung aufgenommen haben, — auch die jetzt zur Beratung stehenden Bremer und Sächsischen Verfassungsentwürfe sehen dieses Recht vor —, scheinen die jetzigen preußischen Machthaber in die Fußtapfen der alten Obrigkeitsregierung zu treten, die bekanntlich von dem Untertanenverstand nicht viel wissen wollten.

Eine Verschlechterung des Wahlrechts bedeutet auch die Bestimmung, daß wählbar nur 26jährige Männer und Frauen sind. Zur Nationalversammlung waren bekanntlich bereits alle 20jährigen nicht nur wahlberechtigt, sondern auch wählbar. Wie der Reichstag, soll auch der Landtag auf 4 Jahre konserviert werden. Nur alle 4 Jahre soll das preußische Volk in der Lage sein, seinen politischen Willensausdruck kundzugeben. Während die obengenannten süddeutschen Verfassungen sämtlich die Wahl des Ministeriums durch den Landtag vorsehen und von einem besonderen Landespräsidenten abgesehen haben, kann man sich in Preußen scheinbar immer noch nicht von dem Gedanken einer persönlichen Spitze trennen, und legt daher das Ernennungsrecht des Ministeriums in die Hände des Präsidenten des Landtages, dem man auch sonst eine be-

sondere Würde verleiht, indem man ihn mit den Befugnissen eines Staatsministers betraut.

Die traurigste Leistung der rechtssozialistisch-bürgerlichen Regierung aber ist die Schaffung einer ersten Kammer, der man den Namen „Finanzrat" gegeben hat. Dieses sonderbare Unikum — eine fröhliche Auferstehung des ehemaligen Herrenhauses —, diese Spottgeburt der rechtssozialistisch-bürgerlichen Ehe, soll entscheidende Rechte in der Finanzpolitik Preußens bekommen. Da nun aber nahezu alle politische Fragen auch finanzpolitische Bedeutung haben, dürfte dieser „Senat", dessen Mitglieder über 65 Jahre alt sein müssen (!), bald ein sehr hemmendes und reaktionäres Element darstellen. Zusammengesetzt werden soll diese erste Kammer aus von den preußischen Provinzialverwaltungen zu bestimmenden Mitgliedern des Reichsrates (also eine völlig undemokratische Ernennung), dem Präsidenten der Oberverwaltungskammer, dem Präsidenten der Preußischen Staatsbank, dem Präsidenten der Hauptverwaltung der Staatsschulden, dem Präsidenten der Zentralgenossenschaftskasse und aus vom Landtag zu wählenden Mitgliedern. Daß sich die Rechtssozialisten zu dieser schnöden Verletzung des Grundsatzes des Einkammersystems hergegeben haben, ist nach ihrer bisherigen Haltung nicht weiter verwunderlich. Man braucht nur daran zu erinnern, daß in Preußen Leute wie Hirsch, Heine, Südekum und Haenisch anderthalb Jahre lang „sozialistische" Politik machten und jetzt Braun und Severing kaum andere Wege einschlagen werden. Im übrigen ist es auch wieder eine echt preußische Leistung, haben sich doch die süddeutschen Verfassungen Badens, Bayerns, Württembergs und Hessens ganz unzweideutig auf den Boden des Einkammersystems gestellt. Dabei erfährt man aus der bürgerlichen Presse, daß sich Demokraten und Zentrum mit diesem „Finanzrat" noch nicht zufrieden geben wollen, sondern daß sie eine ausgesprochene erste Kammer mit viel weitergehenden Rechten wünschen. Und bei der Rückgratlosigkeit unserer Scheinsozialisten ist ohne weiteres anzunehmen, daß sie noch weitere Verschlechterungen schlucken werden.

Der Vorschlag dieses „Finanzrats" läßt ferner darauf schließen, daß die preußische Regierung auch bei der bevorstehenden Beratung der Gemeinde-, Kreis- und Provinzialverwaltung sich für das Zweikammersystem entscheiden wird und damit selbst die einfachsten Regeln der sogenannten formalen Demokratie mit Füßen tritt. Fehlen doch bezeichnenderweise in dem Verfassungsentwurf völlig irgendwelche Bestimmungen über die Verfassungen der Selbstverwaltungskörperschaften. Die preußische Bureaukratie kann triumphieren. Ueberflüssig zu sagen, daß von Sozialisierungsbestrebungen in dem Entwurf keine Rede ist.

Unserer preußischen Landtagsfraktion steht eine harte Arbeit bevor. Der die bürgerliche und die kapitalistische Gesellschaft stützenden Scheindemokratie wird sie die Gedanken der proletarischen Revolution, im Geiste von Karl Marx die Ideen der proletarischen Diktatur, entgegenstellen. Bei dieser Gelegenheit wird sie erneut mit aller Schärfe gegen jeden, auch den preußischen Partikularismus, vorgehen und für eine einheitliche deutsche sozialistische Republik eintreten. Leider spukt ja der Föderalismus immer noch in Deutschland herum, obwohl man annehmen dürfte, daß die Entwicklung und die Ereignisse der letzten Jahre nahezu allen die Erkenntnis gebracht haben dürfte, daß nur ein einheitliches, großes Wirtschafts- und Verwaltungsgebiet alle die Aufgaben lösen kann, die uns bevorstehen. Im übrigen wird unsere Fraktion daran erinnern müssen, daß alle Verfassungen vergänglich sind. Das Proletariat wird sich, wenn seine Stunde gekommen ist, seine Verfassung selbst geben.

Spitzelmärchen.

Die „Deutsche Tageszeitung" auf dem Lügenpfade.

Nachdem wir vor einigen Tagen in das Getriebe des weitverzweigten militärischen Spitzelwesens, genannt „Nachrichtendienst", ein wenig hereingeleuchtet, wird die „Deutsche Tageszeitung" nicht müde, über das „System Cohn" zu fabeln, das den Militarismus nur deshalb bekämpfe, um Deutschland völlig in die Hand zu bekommen. Die zahlreichen dunklen Existenzen, die in den militärischen Spitzelbureaus angestellt sind, fürchten anscheinend ihre fette Pfründe zu verlieren. Sie suchen deshalb ihre Unentbehrlichkeit nachzuweisen, indem sie neue Schauermärchen fabrizieren und die Oeffentlichkeit mit bolschewistisch-kommunistischen „Verschwörungen" graulich zu machen suchen.

In ihrer gestrigen Morgenausgabe widmet die „D. T." über eine Seite den Phantasien dieser Spitzelkreaturen. Des langen und breiten wird über die Tätigkeit des russischen Sowjetdelegierten Kopp und einer Reihe früherer Angestellten des russischen Kriegsgefangenenbureaus berichtet, ohne daß dabei mehr herauskommt als eine zusammenhangslose Aneinanderreihung von Notizen eines halben Dutzends unfähiger Achtgroschenjungen.

Ohne eine Spur von Beweisen wird dann weiter von intimen Beziehungen zwischen Kopp und der „Berliner Kampforganisation der K. P. D." gefaselt, die angeblich darauf hinauslaufen, die bestehende Regierung mit Waffengewalt zu stürzen. Als Förderer dieses Unternehmens wird — der Pressechef der Reichskanzlei Herr Breuer denunziert, und zwar deshalb weil er dem Herausgeber seiner politisch-wirtschaftlichen Korrespondenz, die die Förderung der wirtschaftlichen Beziehungen mit Rußland anstrebt, eine Empfehlung für seine Rundschreiben mit auf den Weg gegeben hat.

Der Spitzel der „D. T." läßt am Schluß seiner Ausführungen deutlich durchblicken, daß Herr Breuer dies getan hat, weil er, wie andere Mitglieder und Organe der Regierung nicht die Absicht habe, gegen die kommende Rätediktatur anzukämpfen. Diese lustige Anschuldigung ist wohl ein genügender Beweis dafür, daß der Gewährsmann der „D. T." reif für Dalldorf ist.

*

Wolffs Bureau meldet: Die „Deutsche Tageszeitung" behauptet von einem umfangreichen bolschewistischen Propagandaapparat Kenntnis zu haben. Der Staatskommissar für die Aufrechterhaltung der Ordnung ist unverzüglich angewiesen worden, die Angabe der „Deutschen Tageszeitung" nachzuprüfen. Die „Deutsche Tageszeitung" wird gut tun, auch ihr weiteres Material so schnell wie möglich dem Staatskommissar zuzuleiten. Einigermaßen unerfindlich ist es, wie die „Deutsche Tageszeitung" in diesem Zusammenhang auf ein Empfehlungsschreiben hinweisen kann, das dem Herausgeber der Korrespondenz Berlin Expreß von der Presseabteilung der Reichsregierung erteilt worden ist. Die Umfrage der genannten Korrespondenz, die die „Deutsche Tageszeitung" gleichfalls veröffentlicht und die in durchaus loyaler Weise an zahlreiche Personen, darunter auch zum Beispiel an den Grafen Rechenkolb verschickt worden sein soll, gibt in keiner Weise Veranlassung diese Korrespondenz bolschewistischer Tätigkeit zu verdächtigen. Wie weit ihr Herausgeber etwa außerhalb seiner Korrespondenztätigkeit im Sinne der „Deutschen Tageszeitung" belastet sein sollte, wird die Untersuchung des Staatskommissariats ergeben. Was das Empfehlungsschreiben der Presseabteilung betrifft, so ist festzustellen, daß es sich bei dessen Ausfertigung um eine durchaus alltägliche Uebung handelt, wonach einwandfreien Angehörigen der Presse die für die Ausübung ihres Berufes dienlichen Erleichterungen zuteil werden. Bemerkenswert ist der Umstand, daß in der Wiedergabe des Empfehlungsschreibens die „Deutsche Tageszeitung" zwar genau die Journalnummer, aber nicht das Datum mitteilt. Das Empfehlungsschreiben datiert vom 26. November vorigen Jahres.

Kein Eintritt der U. S. P. in die sächsische Regierung.

Eigene Drahtmeldung der „Freiheit".

Leipzig, 23. April.

Die außerordentliche Landesversammlung der U. S. P. Sachsens hat mit 56 gegen 3 Stimmen folgenden Antrag des Landesvorstandes angenommen:

Die U. S. P. lehnt es ab, vor Abschluß der Reichstagswahlen und der gleichzeitig vorzunehmenden Wahlen zur sächsischen Volkskammer sich in Sachsen an der Bildung der Regierung zu beteiligen.

Weiter wurde eine Resolution des Landesvorstandes angenommen, in der es heißt:

Die U. S. P. ist unter Aufrechterhaltung ihrer grundsätzlichen Forderungen bereit, die Einheitsfront des Proletariats gegen die Reaktion mit den sozialistischen Parteien zu wahren, die die Mindestforderungen der Zentralleitung der U. S. P. D. anerkennen und für ihre Durchführung eintreten.

Diese Forderungen können aber nur von einer sozialistischen Regierung durchgeführt werden. Deshalb kann die U. S. P. sich in Sachsen an keiner Regierung beteiligen, in der Vertreter bürgerlicher Parteien sitzen.

Der Wahlkampf ist grundsätzlich und sachlich zu führen, persönliche Angriffe sind auszuschalten. Gegnerische Versammlungen sind in der Regel nicht mit Rednern der U. S. P. zu beschicken. Zu den gegnerischen Versammlungen rechnen auch die Versammlungen der Rechtssozialisten und Kommunisten.

Doppelmandate für Reichs- und Staatsparlament sind unzulässig. Mitglieder der Volkskammer haben ihr Mandat für diese, wenn sie zum Reichstag gewählt werden, niederzulegen. Inhaber von Gemeindemandaten können als Kandidaten zu gesetzgebenden Körperschaften nominiert werden.

Ein amerikanischer Lebensmittelkredit.

Sofortiger Beginn der Lieferungen.

Berlin, 23. April.

W. T. B. teilt mit: Nach längeren Verhandlungen, die infolge der innerpolitischen Vorgänge in der zweiten Märzhälfte eine unerwünschte Unterbrechung erfahren hatten, ist zwischen den Reichs-Einfuhrstellen und den amerikanischen Packerfirmen ein zweites Abkommen über Lieferung von Fleisch, Speck, Schmalz, Milch und anderen Fetten in einer Gesamthöhe von 45 Millionen Dollar gleich 2½ Milliarden Mark auf Kreditbasis zustandegekommen. Die Rückzahlung der 45 Millionen Dollar wird nach einem besonderen Tilgungsplan, beginnend Anfang 1921 bis Mitte 1922 durch die Devisenbeschaffungsstelle erfolgen. Die Lieferung der Waren beginnt sofort. Es werden sämtliche in Hamburg, Rotterdam, Antwerpen und in Skandinavien lagernden Bestände der Packerfirmen sofort übergeben. Geliefert werden 250 Millionen Kg. Brotgetreide, für weitere 150 Millionen Kg. Brotgetreide schweben die Kaufverhandlungen; die Finanzierung ist sichergestellt. Außerdem werden geliefert 45 Millionen Kg. ausländisches Fleisch, 50 000 lebende Schweine, 20 000 lebende Rinder, 25 Millionen Kg. Speck, 25 Millionen Kg. Schmalz, 3 Millionen Kg. Käse, 400 000 Kisten Milch zu je 48 Dosen, verschiedene Oelfrüchte zur Herstellung von ungefähr 50 Millionen Kg. Margarine, 10 Millionen Kg. Reis, 1,2 Millionen Zentner Kartoffeln. Ferner ist die Einfuhr von größeren Mengen Heringen aus England und den skandinavischen Ländern gesichert.

Das Kreditabkommen mit Holland.

Berlin, 23. April (W. T. B.)

Das bereits bekanntgegebene Kreditabkommen mit Holland über 25 Millionen Gulden für Lebensmittel ist nunmehr ratifiziert worden. Auch sind inzwischen die betreffenden Lieferungsverträge zwischen den zuständigen Reichseinfuhrstellen und den holländischen Lieferanten abgeschlossen worden.

Arbeiterräte in Italien.

Rom, 22. April (W. T. B.)

Die sozialistische Landesversammlung in Mailand hat mit über 94 000 gegen 21 000 Stimmen beschlossen, daß Sowjets versuchsweise in allen Großstädten errichtet werden sollen, wo das Proletariat gut organisiert ist. Der Vorschlag, im ganzen Lande solche zu errichten, wurde mit 80 000 gegen 5000 Stimmen abgelehnt.

Das Urteil gegen Caillaux.

Paris, 23. April (W. T. B.)

Der Oberste Gerichtshof hat gestern abend im Prozeß Caillaux mit 150 gegen 91 Stimmen den Artikel 76 als anwendbar erklärt, in dem es sich um eine Verbindung mit Angehörigen einer feindlichen Macht ohne Absicht des Verrats oder des Einverständnisses mit dem Feinde handelt, um eine Verbindung, durch die die militärische oder die politische Lage Frankreichs oder seiner Alliierten geschädigt werden kann. Als Strafe ist Festungshaft vorgesehen. Auf Grund von Artikel 463 hat der Oberste Gerichtshof mit 128 gegen 110 Stimmen bei 8 Stimmenthaltungen Caillaux mildernde Umstände zuerkannt. Man erwartete ein Urteil zwischen einem Jahr und fünf Jahren Gefängnis, jedoch können ihm weder die politischen noch die bürgerlichen Rechte abgesprochen werden. Allgemein wird angenommen, daß die Strafe als durch die 23 Monate Untersuchungshaft verbüßt erklärt werden wird. Die Kosten werden sich nach Blätterstimmen auf etwa 800 000 Francs belaufen.

Um 7 Uhr abends war nach einer Havasmeldung die geheime Sitzung des Obersten Gerichtshofes beendet. Mit einer Stimme Mehrheit ist die Höchststrafe, die Caillaux auferlegt werden kann, nämlich 5 Jahre Haft, abgelehnt worden. Es wurde erwogen, wie bereits gemeldet, auf 3 Jahre Gefängnis erkannt, unter Anrechnung eines Teiles der Untersuchungshaft, sowie ferner auf 5 Jahre Aufenthaltsverbot und auf den Verlust der politischen Rechte auf die Dauer von 10 Jahren.

Der Skandal der Preßknebelung.

Königsberg i. Pr., 23. April.

Der Vorstand des Verbandes der Ostpreußischen Presse hat dem Reichspräsidenten, dem Reichsministerium und dem Reichskommissar Borowski in Königsberg folgende Entschließung übermittelt: Der Verband der Ostpreußischen Presse, die Berufsorganisation der Schriftleiter Ostpreußischer Zeitungen aller Parteirichtungen, legt Verwahrung ein gegen die Unterbindung der verfassungsgemäßig verbürgten Pressefreiheit, die bei dem neuerlichen Verbot der „Ostpreußischen Zeitung" in Erscheinung getreten ist. Er versteht das Verbot um so weniger, als der beanstandete Artikel einer Berliner Zeitschrift entnommen wurde, die nicht verboten ist und gegen die von dem kritisierten Reichskanzler offenbar überhaupt nicht vorgegangen ist. Er bedauert, daß durch diese Maßnahme des Reichskomissars, die ihren Zweck nicht erreichen kann, nur die politischen Gegensätze in Ostpreußen weiter verschärft werden, und fordert darum schleunigste Aufhebung des von dem Reichskommissar verfügten vierzehntägigen Zeitungsverbotes.

Trotzdem die bürgerlichen Preßorganisationen die zahllosen Verbote der unabhängigen Zeitungen nicht mit der gleichen Energie bekämpft haben, mit der sie sich jetzt gegen das Verbot eines bürgerlichen Blattes wenden, müssen wir doch das Verlangen unterstützen, daß dieses Verbot aufgehoben und daß überhaupt mit den Preßverboten ein Ende gemacht wird.

Inzwischen ist auch unser Parteiblatt in Essen-Ruhr, das „Ruhr-Echo", auf die Dauer von einer Woche verboten worden. Angeblich, weil es zur Nichtbefolgung der Verordnungen des Reichspräsidenten, insbesondere über die Waffenabgabe, aufgefordert hätte. Das ist natürlich in keiner Weise geschehen. Das „Ruhr-Echo" hat man im Einverständnis mit Herrn Severing, dem neuen preußischen Minister des Innern, wahrscheinlich deshalb auf Drängen der Militärs unschädlich gemacht, weil es die Schandwirtschaft der Reichswehr im Ruhrgebiet an der Hand erschütternder Dokumente und Protokolle über zahllose Einzelfälle öffentlich brandmarkte, und weil es den bürgerlichen Hetzmeldungen aus der Lügenfabrik des Herrn Watter über die Bildung einer neuen „Roten Armee" entschieden entgegentrat. Deshalb wurde es den Militaristen unangenehm. Wir müssen verlangen, daß der Skandal der Pressunterdrückung schleunigst aufhört.

An der richtigen Stelle gelandet.

Sturmszenen in der Versammlung der K. P. D.

Die Zentrale der kommunistischen Partei hielt am Donnerstag abend im Lehrer-Vereinshaus eine öffentliche Versammlung ab, zu der auch die Anhänger der K. A. P. D. zahlreich erschienen waren. Vor, während und nach dem Referat von Dr. Ernst Meyer über das Thema: „Unsere Stellungnahme zum Nationalbolschewismus" gab es so stürmische Szenen, daß ein großer Teil der Versammelten aus Abscheu vor diesem Tumult die Versammlung verließ. Nach dem Bericht einer Lokalkorrespondenz „zeigte sich in der Diskussion Justizrat Dr. Broh-Charlottenburg erheblich radikaler als der Referent. Er stellte sich auf den Boden der K. A. P. D. und bezeichnete die Reichszentrale des Spartakusbundes als ebenso unbrauchbar, als die Unabhängige Parteileitung, gegen die er speziell in der Opposition stehe."

Innige Seelengemeinschaft.

Die bürgerliche Presse bringt in den letzten Tagen neue Schwindelnachrichten über eine bevorstehende kommunistische Erhebung im Ruhrgebiet. Die Meldungen gehen von militärischer Seite aus und verfolgen den Zweck, die Oeffentlichkeit von den Plänen der militärischen Putschisten abzulenken, an deren Durchführung mit Fiebereifer gearbeitet wird. Es ist interessant, daß die letzte Lügenmeldung aus Essen völlig gleichlautend im „Berliner Tageblatt" und im „Lokalanzeiger" erschien, und zwar als angebliche Privatmeldung ihres „Sonderberichterstatters". Da nicht anzunehmen ist, daß das „Berliner Tageblatt" und der „Lokalanzeiger" in Essen einen gemeinsamen Sonderberichterstatter haben, so ergibt sich daraus der Schluß, daß die Meldung von einer militärischen Lügenzentrale geliefert worden ist und daß die Blätter, um die dunkle Herkunft der Nachricht zu verschleiern, beauftragt wurden, sie als Sondertelegramm wiederzugeben. Der gleiche Schwindel wurde schon einmal im vorigen Herbst von uns festgestellt. Es ist jedenfalls höchst bemerkenswert, daß auch das „Tageblatt" sich zu einer derartigen unlauteren Stimmungsmache hergibt. Obwohl es sonst für die Beseitigung des politischen Nachrichtenwesens der Reichswehr eintritt, scheint doch eine recht innige Seelengemeinschaft mit ihm zu bestehen, und diese tritt um so schärfer in den Vordergrund, wenn es gilt, dem Bürgertum mit dem Gespenst des Bolschewismus eine heillose Angst einzujagen, damit es einen verschärften Kampf gegen die Arbeiterklasse führe.

Die Erhöhung der Postgebühren.

Im Haushaltsausschuß der Nationalversammlung wurde heute der Gesetzentwurf über Erhöhung der Postgebühren unter Ablehnung von Anträgen auf Ermäßigung der Gebühren nach der Regierungsvorlage angenommen und nur die Zustellungsgebühr für eine Zeitungsnummer im Durchschnittsgewicht bis 20 Gramm mit Zustimmung des Ministers auf 2 Pfennig (nach dem Entwurf 3 Pf.) und über 20 bis 50 Gramm auf 3 Pfennig anstatt 4 Pfennig ermäßigt.

Eine Lügenmeldung. Das „8 Uhr-Abendblatt" teilt mit, daß am Donnerstag in der Reichskanzlei ein Telegramm des Oberpräsidenten von Düsseldorf eingegangen sei, betreffend einen von linksradikaler Seite bevorstehenden Umsturz im Gebiet südlich der Ruhr. Demgegenüber ist festzustellen, daß in der Reichskanzlei ein solches Telegramm des Oberpräsidenten von Düsseldorf nicht eingegangen ist.

Belagerungszustand im belgisch-besetzten Gebiet. Der belgische Oberkommandant verhängte den Belagerungszustand innerhalb der gesamten von Belgien besetzten Zone. Diese Maßnahme, die auf die Proteste der deutschen Bevölkerung gegen belgische Uebergriffe erfolgt, ist von demselben üblen militaristischen Geist durchdrungen, der im ganzen früheren Verhalten der belgischen Besatzungsbehörden zutage getreten ist.

Beratung des Gesetzentwurfs Groß-Berlin.

Preußische Landesversammlung.

Nach monatelangen Ausschußberatungen ist nun endlich die Beratung der Vorlage über den Gesetzentwurf zur Bildung einer Einheitsgemeinde Groß-Berlin in sein letztes Stadium getreten. In der gestrigen Sitzung ist der Versuch der Anhänger der „Gesamtgemeinde" gescheitert, diese an die Stelle der Einheitsgemeinde zu setzen. Der entsprechende Zentrumsantrag wurde mit der geringen Mehrheit von 13 Stimmen abgelehnt. Der Standpunkt der Unabhängigen Sozialdemokratie zu der Vorlage, wie sie aus dem Ausschuß hervorgegangen ist, wurde von dem Genossen Leid dargelegt. Er bekämpfte nachdrücklichst die vielen Verschlechterungen, die der Entwurf der Regierung in den Kommissionsberatungen erfahren habe und warnte eindringlich vor weiteren, da durch sie die Unabhängige Sozialdemokratie das Interesse an der Vorlage verlieren würde. Es würde aber auch damit der Beweis geliefert werden, daß die preußische Landesversammlung zu jeder positiven Arbeit unfähig sei.

* *

In der gestrigen Sitzung wurde in zweiter Lesung beraten der Gesetzentwurf über die

Bildung einer Stadt Groß-Berlin.

Wutzky (Soz.): Die Zustände waren derart unhaltbar geworden, daß unbedingt ein Ausweg gefunden werden mußte. Der Gang der Entwicklung erforderte insbesondere einen Lastenausgleich. Auf dem Wege über eine Vermehrung der Rechte des Zweckverbandes ist keine befriedigende Lösung der Probleme möglich.

Abg. **Gottwald**-Berlin (Ztr.): Eine gesunde Grundlage könnte doch nur geschaffen werden, wenn die einzelnen Gemeinden mit der Neuregelung vollkommen einverstanden waren. Das trifft aber nicht zu. Wir verlangen eine Gesamtgemeinde, die ihren einzelnen Gliedern mehr Selbständigkeit läßt.

Lüdicke (Dtn.): Das Gesetz hat eine große politische Bedeutung. Es enthält den Keim zu einem Freistaat Berlin. Obgleich der Entwurf im Ausschuß eine Reihe Verbesserungen erfahren hat, lehnen wir ihn ab.

Dominikus (Dem.): Ich habe den Gedanken der Gesamtgemeinde vertreten. Es handelt sich dabei um die Frage: Zentralisation oder Dezentralisation. Nachdem im Ausschuß eine glückliche Verbindung dieser beiden Formen zustandegekommen ist, sind meine Freunde für den vorliegenden Entwurf.

Leidig (D. Vp.): Wir sind gern bereit, an einem Lastenausgleich mitzuwirken. Wir können ganz ruhig zunächst die Gesamtgemeinde schaffen. Die Möglichkeit, falls es erforderlich erscheint, zur Einheitsgemeinde fortzuschreiten, bleibt uns immer offen. Es kann uns nicht zugemutet werden, daß wir durch Schaffung der Einheitsgemeinde der Partei, der wir politisch sehr fern stehen, den Unabhängigen, eine Domäne von so gewaltigem Umfange schaffen.

Unterstaatssekretär **Freund**: Zwei Momente werden gegen den Entwurf ins Feld geführt. Ein politisches: die Furcht vor dem Bolschewismus. Furcht ist in der Politik immer ein schlechter Berater gewesen. Es wird ferner eingewendet, die Selbstverwaltung werde [illegible]. In der Tat werden aber nur die lokalen Sonderinteressen zugunsten einer zentralen Organisation zurückgedrängt. Daneben geht eine sehr weite Dezentralisation, die es gestattet, die Eigenheiten der verschiedenen Gebiete zu berücksichtigen.

Abg. Leid (U. Soz.):

Wir waren von Anfang an Anhänger der Einheitsgemeinde, weil wir deren Notwendigkeit aus praktischer Erfahrung erkannt hatten. Wir wollen aber eine wirkliche Einheitsgemeinde. Dieser Gedanke ist in der Kommission arg durchlöchert worden. Im Grunde haben die Anhänger der Gesamtgemeinde wenig Ursache, sich zu beklagen, denn ihnen sind die weitgehendsten Konzessionen gemacht worden. Wir haben darum die schwersten Bedenken gegen die jetzige Fassung, weil wir darin keine ausreichende Lösung der Probleme erblicken.

Wir vermissen in dem Gesetz eine wirkliche Selbstverwaltung. So soll auch in dem neuen Gebilde die Polizei Sache des Staates bleiben. Demgegenüber fordern wir mit allem Nachdruck, daß die Polizei kommunalisiert werde.

In der Vorlage wird auch noch das Zweikammersystem beibehalten. Und doch wäre hier eine schöne Gelegenheit gewesen, einen Schritt zum Einkammersystem vorwärts zu tun.

Außerdem bringt der Entwurf

eine sehr große Verschlechterung auf dem Gebiete des Schulwesens.

Durch die Zerschlagung der Schulverwaltung wird das Gesetz in sein Gegenteil umgewandelt.

Ein weiterer bedenklicher Mangel liegt in der Zersplitterung Berlins in sechs Verwaltungsbezirke, für die je ein Magistrat und eine Stadtverordnetenversammlung geschaffen werden soll.

Die Gesamtgemeinde würde eine Halbheit sein. Dafür sind wir nicht zu haben. Wenn schon etwas Neues geschaffen wird, dann soll ganze Arbeit getan werden. Trotz aller Mängel werden wir der Vorlage zustimmen, weil wir der Ueberzeugung sind, daß sich das Notwendige von selbst durchsetzen wird. Die Gegner des Entwurfs haben alles getan, um das Zustandekommen zu verhindern und hinauszuzögern.

Die wirklichen Gründe für den Widerstand hat Herr Leidig angegeben. Man fürchtet, wir könnten

die Mehrheit in dem neuen Berlin

erlangen. Ich kann ihnen aber verraten, daß uns herzlich wenig daran gelegen ist, in einem Augenblick vollkommenen Bankrotts diese Erbschaft anzutreten und den Porzellanladen aufzuräumen, den die Politik der Rechtsparteien verwüstet hat. Und wenn in vielen Gemeinden die Finanzkalamität so schlimm ist, dann ist es darauf zurückzuführen, daß schon seit Jahrzehnten die zahlungsfähigen Leute nach den westlichen Vororten gezogen sind und den östlichen und nördlichen Vororten die Lasten zu tragen überließen.

Das Zentrum hat sich gleichfalls gegen die Einheitsgemeinde gewendet, obwohl gerade in Rücksicht auf diese Partei die meisten Konzessionen im Ausschuß gemacht worden sind. Wird die Vorlage heute abgelehnt, dann ist dies ein neuer Beweis dafür, daß dieses Parlament zu positiver Arbeit überhaupt unfähig ist. (Lachen im Zentrum und rechts). Sie können nicht bestreiten, daß das, was bisher hier geleistet worden ist, keinen Schuß Pulver wert ist. (Lebh. Beifall links.)

Die Debatte wird geschlossen. Zu § 1 lag ein Zentrumsantrag vor, der anstatt einer „Stadtgemeinde" eine „Gesamtgemeinde" will. In namentlicher Abstimmung wird dieser Antrag mit 134 gegen 121 Stimmen abgelehnt. § 1 bis 5 wurden in der Kommissionsfassung angenommen.

Bei § 6 wandte sich unser Redner, Genosse Richter-Lichtenberg, gegen die vormärzliche Bildung des Schiedsgerichts, das die Aufgabe hat, bei der Auseinandersetzung mit den Restkreisen mitzuwirken. Ein Abänderungsantrag fand nur die Zustimmung der beiden sozialdemokratischen Parteien.

Der § 9 sieht eine

Wahlperiode von vier Jahren für die Stadtverordneten

vor. Genosse Paul Hoffmann forderte demgegenüber eine höchstens zweijährige Mandatsdauer. Es stimmten nicht einmal die Rechtssozialisten dafür!

Um den § 10, der die Zahl der Mitglieder des Magistrats betrifft und höchstens 30 vorsah, entspann sich eine längere Aussprache. Genosse Weyl begründete unseren Antrag, worin im Hinblick auf den gewaltigen Aufgabenkreis die Zahl auf 40 normiert und gleichzeitig gefordert wurde, daß sie sämtlich besoldet sein sollen, damit nicht die Hälfte der Sitze nur begüterten Personen vorbehalten bleibe. Der Antrag wurde abgelehnt, jedoch ausdrücklich festgestellt, daß es den Gemeinden freigestellt bleiben soll, ob sie überhaupt und in welchem Umfange unbesoldete Magistratsmitglieder anstellen wollen.

Auch der § 21 rief eine längere Debatte hervor. Er umschreibt die Kompetenzen der Bezirksversammlungen. Die Gegner der Vorlage benutzten diesen Paragraphen zu einem Vorstoß, um doch noch durch eine Hintertür die Gesamtgemeinde zu erreichen. Diese Absicht mißlang jedoch.

Beim § 39a und b machte Genosse Leid den Versuch, das Gesetz, das die Zersplitterung des Schulwesens bedingt, zu verbessern, indem er die Zentralisation forderte. Aber alle Bemühungen waren vergeblich.

Darauf wurde die Verhandlung auf heute mittag 12 Uhr vertagt.

Deutsche Nationalversammlung.

169. Sitzung. Freitag, den 23. April.

Auf der Tagesordnung stehen kleine Anfragen. Aus den Antworten der Regierung ergibt sich das Folgende:

Die Fonds für laufende widerrufliche Familienunterstützungen an Kriegerwitwen sind zum Teil aufgebraucht. Da allgemeine Reichsmittel nicht für alle Bedürfnisse ausreichen, sollen andere Unterstützungszweige herangezogen werden. Die Notreserven an Gemüsekonserven werden nicht einseitig an die Konsumgenossenschaften verteilt. — Das Reichssiedlungsgesetz soll in den nächsten Tagen der Nationalversammlung zugehen.

Abg. Löffler (Soz.) fragt die Reichsregierung, was sie zu tun gedenkt, um die Verschacherung der bedeutenden westfälischen Kohlengewerkschaft Hermann 1—3 an eine franz. Firma hintanzuhalten, wodurch 87,5 Millionen Quadratmeter Kohlengebiete dem deutschen Interesse entzogen wird. Die Regierung erwidert, daß der Wert der Felder zweifelhaft sei. Das Kohlensyndikat wird kaum die Erlaubnis zu einem Verkaufsreizt der Kohlenförderung geben, sollte dies wieder Erwarten doch geschehen, so wird der Reichskohlenkommissar die Ausfuhr dieser bevorrechteten Kohlenförderung nicht zulassen.

Auf Anfrage Hoch (Soz.) über die Holzknappheit erwidert die Regierung, daß eine solche allgemein sei. Bau- und Möbelholz ist in genügender Menge vorhanden, wird aber von der verarbeitenden Industrie zurückgehalten.

Es folgt die dritte Lesung des Gesetzes über die Befriedung der Gebäude der Parlamente.

Abg. Drebhuf (Dem): Das Gesetz droht Geldstrafe und Gefängnis für diejenigen an, die die Anordnungen des Präsidenten über das Betreten der Gebäude oder das Verhalten in ihnen grundsätzlich verletzen. Wenn in der Begründung festgestellt ist, daß der Präsident von den gegebenen Befugnissen nur gegenüber dem Publikum, nicht aber gegenüber den Abg., den Mitgliedern der Regierung oder des Reichsrates Gebrauch machen darf, so gilt dies wohl selbstverständlich auch für die Presse, die ja ohne weiteres als integrierender Bestandteil des Parlaments angesehen wird. (Beifall.)

Es folgt die dritte Lesung des Reichswahlgesetzes.

Ein sozialdemokratischer Antrag fordert wiederum wie in der zweiten Lesung das Wahlrecht für die Soldaten. Der Antrag wird abgelehnt.

In namentlicher Gesamtabstimmung wird dann das Reichswahlgesetz mit 301 Stimmen einstimmig angenommen.

Es folgt dann die erste Beratung des Gesetzentwurfes über die Vereinigung Koburgs mit Bayern und die Schaffung eines einheitlichen Landes Thüringen. In namentlicher Gesamtabstimmung werden beide Vorlagen mit 300 Stimmen einstimmig angenommen.

Auf der Tagesordnung steht dann ein Antrag Bartschat und Gen., worin die Aufhebung der vom Ausschuß für Volkswirtschaft beschlossenen Verordnung über die Heraufsetzung des Grundlohns und die Ausdehnung der Versicherungspflicht in der Krankenversicherung bis auf Einkommen in Höhe von 20 000 M. gefordert wird.

Die Abgg. Behrens (Dtn.), Becker-Arnsberg (Ztr.) und Most (D. Vp.) sprachen für den Antrag. Die Abgg. Mallenbuhr (Soz.) und Brühl (U. S.) lehnen ihn ab.

Der Antrag Bartschat wird darauf gegen die beiden sozialistischen Fraktionen angenommen.

Sonnabend 1 Uhr: Abkommen über die Zahlung der Elsaß-Lothringischen Pensionen, Verreichlichung der Staatsbahnen, Erhöhung der Postgebühren.

Schluß 6¼ Uhr.

Beschlüsse des Reichsrats.

Mietssteuer und Besteuerung der Valuta-Gewinne.

Der Gesetzentwurf der Reichsregierung über die Erhebung einer Abgabe zum Baukostenausgleich, der eine Gemeindeabgabe in Höhe von 15 Prozent des Nutzungswertes vorsah, ist von den Ausschüssen des Reichsrats abgelehnt worden. Dagegen haben sich die Ausschüsse für einen preußischen Antrag entschieden, der nur eine Art Notgesetz für ein Jahr vorsieht mit einer Abgabe von 10 Prozent des Nutzungswertes. Bayrische Anträge, den Prozentsatz für die Gemeinden veränderlich zu lassen und Gebäude, die zu landwirtschaftlichen und gewerblichen Zwecken benutzt werden von der Abgabe zu befreien, sind abgelehnt worden. Deshalb erklärte der bayrische Vertreter, daß er dem preußischen Antrag nicht zustimmen könne. In der Vollversammlung wurde die Regierungsvorlage ebenfalls abgelehnt, dagegen der preußische Antrag mit 42 gegen 16 Stimmen angenommen.

Angenommen wurde weiter ein Gesetzentwurf über die Besteuerung der Valutagewinne. Nach dem Friedensvertrag sind deutsche Schuldner verpflichtet, ihre Schuld an das Ausland in der Währung des ausländischen Staates zu entrichten. Damit wegen der heutigen Valutaverhältnisse nicht zahlreiche Schuldner zahlungsunfähig werden, ist in dem bereits verabschiedeten Ausgleichsgesetz die Bestimmung aufgenommen worden, daß die deutschen Schuldner nur das zu leisten haben, was sie vor dem Kriege hätten leisten müssen, dagegen der überschießende Betrag ihnen vom Reiche ersetzt wird. Um die damit für die Reichskasse verbundene erhebliche Belastung einigermaßen zu decken, bezweckt der jetzige Entwurf die Gewinne zu den Reichssteuern heranzuziehen, die auf der andern Seite die deutschen Gläubiger aus dem Friedensvertrag und dem Ausgleichsgesetz zu erwarten haben.

Ehrhardt läßt sich nicht verhaften.

Gegen den Korvettenkapitän Ehrhardt ist seit längerer Zeit ein Haftbefehl erlassen worden. Das geschah aber nur dem Scheine nach, denn in Wirklichkeit hat bisher in Deutschland keine Stelle ernsthaft an eine Verhaftung des Hochverräters gedacht. Teils aus Furcht, teils wollte man die monarchistischen Generale und Kommandeure der Reichswehr, unter denen Herr Ehrhardt viele Freunde hat nicht vor den Kopf stoßen. Herr Ehrhardt befindet sich nun seit einiger Zeit im Munsterlager, umgeben von einer stattlichen Schar reisiger Kämpfer, die durch Neuanwerbungen dauernd vergrößert wird. Gestern vormittag hat das Reichswehrministerium im Munsterlager höflich angefragt, ob Ehrhardt endlich verhaftet sei. Eine Komödie, denn wenn Herr Ehrhardt verhaftet werden sollte, hätte dies gerade im Reichswehrministerium am besten geschehen können, wo Herr Ehrhardt noch bis vor wenigen Tagen unbehelligt aus und ein ging. Vom Munsterlager aus ist natürlich eine Verhaftung weit schwieriger. Und so bekam, denn auch das Reichswehrministerium von dort aus die vom Standpunkt Ehrhardts aus ganz richtige Antwort: Man denke nicht an die Verhaftung. Genau so wird es der Regierung ergehen, wenn sie die Entwaffnung der Ehrhardtbrigade fordern sollte. Sie hat darauf absolut keinen Einfluß, denn nicht sie, sondern die Militärs regieren Deutschland, heute noch genau so wie vor dem 13. März.

Die Dunkelkammer.

Major von Gilsa, der Stabschef des Herrn Noske, hat am Donnerstag seinen Abschied bekommen. Herr v. Gilsa ist während eines ganzen Jahres mit Noske durch dick und dünn gegangen und hat nichts unternommen, um aus dem neuen Heer eine zuverlässige Schutztruppe der Republik zu machen. Im Gegenteil schien es oft so, als habe Gilsas Aufgabe im Reichsministerium darin bestanden, von Noske alle Geheimvorgänge in der Armee fernzuhalten. In der Nacht vom 12. zum 13. März hat er sich allerdings zusammen mit dem früheren preußischen Kriegsminister Reinhard für einen bewaffneten Widerstand gegen die Döberitzer Putschisten ausgesprochen, ohne jedoch etwas Positives zu erreichen. Herr von Gilsa soll nun nach seiner Rückkehr aus Stuttgart die Absicht gehabt haben, die Demokratisierung des Heeres „radikal" und im schnellsten Tempo durchzuführen. Dabei ist er auf den schärfsten Widerstand gestoßen; er mußte verschwinden.

Der Vorgang beweist schlagend, daß im Reichswehrministerium, dieser Dunkelkammer der Reaktion, der Geist des Herrn v. Seeckt allmächtig ist. Wenn für diese Kreise sogar ein so harmloser Mann wie der Major Gilsa gefährlich geworden ist, dann scheinen nur noch die schwärzesten Reaktionäre dort eine Rolle spielen zu können.

Aus der Partei.

Erklärung.

Nachdem am Dienstag, den 20. April, in der Morgenausgabe der „Freiheit" der Parteiaufruf an die Reichstagswähler erschienen war, brachte die Abendausgabe einen N. P. gezeichneten Artikel über Koalition oder sozialistische Regierung.

In diesem einzigen Wahlartikel der „Freiheit", der nach dem Parteiaufruf erschienen ist, heißt es u. a.:

„Wir streben die sozialistische Regierung als das nächste Ziel an. — In diesem Sinne werden wir auch den Wahlkampf führen . . ." Und weiter:

„Wir beginnen die Wahlkampagne in der Hoffnung, für das in dem Aufruf aufgestellte Programm eine Mehrheit zu erhalten. Aber selbst wenn das nicht der Fall sein sollte, werden wir an dem Gedanken der sozialistischen Regierung festhalten."

Das Zentralkomitee stellt fest, daß der Artikel insbesondere in den zitierten Sätzen im schroffsten Widerspruch steht zu dem eben vorher veröffentlichten ersten Wahlaufruf der Parteikörperschaften, die es gerade abgelehnt haben, den Wahlkampf unter der Parole der sozialistischen Regierung zu führen.

Der Kampf soll nach den klaren Grundsätzen des Leipziger Aktionsprogramms selbständig durchgeführt werden, unter Ablehnung aller organisatorischen Einigungsbestrebungen.

Das Zentralkomitee
der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Wir vermögen uns der Ansicht des Zentralkomitees nicht anzuschließen, daß der angegriffene Artikel „im schroffsten Widerspruch" zum Wahlaufruf der Partei stehe. Vielmehr schließt sich der Artikel ausdrücklich dem im Wahlaufruf aufgestellten Programm an.

Die in der obenstehenden Erklärung enthaltene Mißdeutung des Artikels erklärt sich vielleicht daraus, daß der erste Satz des Zitats aus dem Zusammenhang gerissen und falsch wiedergegeben ist. Es heißt in dem Artikel nach Darstellung der Situation, die entweder eine rein sozialistische oder rein bürgerliche Regierung notwendig macht, und nach Schilderung der Gefahren der letzteren: „Deshalb streben wir die sozialistische Regierung als das nächste Ziel an." Der zweite Satz des Zitats, der mit den Worten beginnt: „In diesem Sinne werden wir auch den Wahlkampf führen," folgt im Artikel nicht auf den ersten Satz, sondern bildet den Anfang eines neuen Absatzes, der die Folgerung aus dem ganzen vorausgegangenen Artikel enthält.

Durch diese irrtümliche Wiedergabe der Sätze in der Erklärung kann der Eindruck entstehen, als werde in dem Artikel die Forderung der sozialistischen Regierung als Wahlparole aufgestellt. Das ist keineswegs der Fall. Vielmehr wird diese Forderung als Konsequenz einer bestimmten politischen Situation, unabhängig vom Gang der Wahlkampagne, dargestellt — ähnlich wie in dem bekannten Aufruf der Parteileitung während des Generalstreiks über die Notwendigkeit einer sozialistischen Regierung und deren nächste Aufgaben.

Der in der Erklärung des Zentralkomitees enthaltene Vorwurf, als bezwecke der angegriffene Artikel eine Durchkreuzung der im Wahlaufruf enthaltenen Parolen erweist sich demnach als vollkommen hinfällig und beruht auf einem völligen Mißverständnis. Ueberflüssig zu sagen, daß eine solche Absicht bei uns auch nicht besteht oder bestanden hat — ebensowenig die Absicht der Förderung von organisatorischen Einigungsbestrebungen —, und daß wir den Wahlkampf, gestützt auf unser Aktionsprogramm, in vollster Geschlossenheit zu führen gedenken.

Theater und Vergnügungen.

Volksbühne
Theater am Bülowplatz
7 Uhr: Käthchen von Heilbronn

Neues Volkstheater
Köpenicker Str. 68.

Staatstheater
Opernhaus:
7 Uhr: Troubadour.
Schauspielhaus:
7 Uhr: Marquis von Keith.

Direktion: Max Reinhardt
Deutsches Theater
7 Uhr: Himmel und Hölle.

Kammerspiele
7½ Uhr: Die Büchse der Pandora

Großes Schauspielhaus
Karlstraße
7 U: Der weiße Heiland
(9. Abteilung, III. Abend).

Direktion
Carl Meinhard — Rud. Bernauer
Theater i. d.
Königgrätzer Straße
7½ Uhr: König Nicolo
Sonntag: Schloß Wetterstein

Komödienhaus
½8 Uhr: Der Herr Minister
(Max Pallenberg).

Berliner Theater
7 Uhr: Der letzte Walzer
mit Fritzi Massary usw.

Lessing - Theater
7 Uhr: Zum 1. Male:
Frau Warrens Gewerbe
Sonntag und Montag 7½ Uhr:
Frau Warrens Gewerbe

Deutsch. Künstl.-Theater
Allabendl. 7½ Uhr: **Menagerie**
(Adalbert, Götz, Hanck)

Casino-Theater
7½ Uhr: Ein alter Sünder
Ab Mittwoch, den 28. April:
Onkel Cohn.

Trianon-Theater
(Bahnhof Friedrichstraße)
Täglich ½8 Uhr:
Myrrha
Sonntag 4 Uhr: Kleine Preise:
Herrschaftlicher
Diener gesucht

Residenz-Theater
(Stadtbahn Jannowitzbrücke,
Untergrundbahn Klosterstr.)
Täglich ½8 Uhr:
Die Raschhoffs
von Herm. Sudermann.
Sonntag 4 Uhr, Kleine Preise:
— Der gute Ruf. —

Neues Operettenhaus
Direktor: Jean Kren
Allabendlich 7 Uhr 30 Min.:
Die kleine Hoheit
Sonntag, den 25. April,
3 Uhr: Die Dame v. Circus

Rose-Theater
3 Uhr: Die Räuber.
7½ U.: Das Lied der Liebe

Walhalla-Theater
Stgs. 3½ U.: Csardasfürstin.
7½ Uhr: Der Rastelbinder

Theater am Kottbuser Tor
Tel.: Moritzplatz 14614.
Tägl.: 7½ und Sonntag nachm. 3 Uhr:
Elite-Sänger
Horst, Unselt,
Blüthgen-Konzert
Vorv. 11–1½ u. 4–6 U.

Apollo-Theater
Friedrichstr. 218.
7½ Allabendlich 7½
Sonntags 3½ u.
Unübertreffliches
Varieté-Programm!

Circus Busch
Tgl. 7½, Stg. 3½ u. 7½ U.
Hai-Jung Chines. Gaukler,
Sow. d. übrig. Progr.!
Die erfolgr. Pantom.
„Der Wilddieb"
Die Wunderlontäne

Die gewohnte Groß-Marke

MOEBEL
zu soliden Preisen
schon seit 50 Jahren bei
Barthel,
Zorndorfer Str. 54
Teilzahlung gestattet.

Reederei Kahnt & Hertzer
Fernspr.: Königstadt 2062
Morgen und folgende Sonntage:
Zur Baumblüte nach Werder.
Abfahrt 9 Uhr:
Reichstagsufer am Bahnhof Friedrichstr.
Außerdem Abfahrt 8½ und 2 Uhr **Walsenbrücke Krampenburg**

Neu erschienen:
Dr. Broh
Entwurf eines Programms der U.S.P.
Kritik des Aktionsprogramms
für Organisierte Mk. 1.50.
Ferner sämtliche sozialistische u. pazifistische Literatur in der Buchhandlung Beyerle u. Gumbel, Charlottenburg, Witzlebenstraße 26.

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle: Berlin N 54, Linienstr. 83-85.
Geschäftszeit von vorm. 9 Uhr bis nachm. 4 Uhr.
Telephon: Amt Norden 185, 1239, 1987, 9714.

Sonntag, den 25. April 1920, vorm. 10 Uhr
im Lokal von Wollschläger, Adalbertstraße 21

Branchen-Versammlung
der Drahtarbeiter Groß-Berlins.

Tages-Ordnung: 1. Kündigung des Tarifs. 2. Branchenangelegenheiten.

Zahlreicher Besuch wird erwartet.

Achtung! Achtung!
Montag, den 26. April 1920, abends 6 Uhr

Branchen-Versammlung
aller in den Eisenmöbel- und Matratzenfabriken beschäftigten Kollegen und Kolleginnen
im „Englischen Hof", Alexanderstraße 27c.

Tages-Ordnung: 1. Wie werden unsere Löhne nach dem Schiedsspruch gezahlt? 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.

Die Ortsverwaltung.

Branche der Maschinen-, Motor- u. Autoschlosser
Sonnabend, den 24. April, abends 6 Uhr, findet

unser Vergnügen

in der Patzenhofer Brauerei, Fidicinstraße 2-3, statt. Karten zu diesem Vergnügen sind bei unseren Vertrauensleuten und im Lokal Fidicinstraße zu haben. Wir ersuchen die Kollegen, sich zahlreich an unserer Veranstaltung zu beteiligen.

Die Branchenleitung.

Deutscher Metallarbeiter-Verband, Deutscher Holzarbeiter-Verband, Verband der Maler und Lackierer und Verband der Sattler.

Am Dienstag, den 27. April 1920, abends 7 Uhr, im Saal des Arbeitsnachweises, Linienstraße 83-85

Versammlung
aller im Karosserie- und Wagenbaugewerbe Beschäftigten.

Tagesordnung: 1. Bericht der Verhandlungskommission. 2. Diskussion.

Die Funktionäre werden ersucht, ½ Stunde vor Beginn zu erscheinen.

Die Ortsverwaltung.

Soeben neue Nummer erschienen!
Der Sozialist
Unabhängige sozialdemokrat. Wochenschrift
Herausgegeben von
Dr. Rud. Breitscheid

Abonnements vierteljährlich 10 Mk., Einzelnummer 1 Mk. Bestellungen sind aufzugeben bei der nächsten Postanstalt, bei den Spediteuren der „Freiheit" oder in der Buchhandlung „Freiheit", Breite Straße 8-9.

Möbel
gegen bar oder Teilzahlung
der Jetztzeit entsprechend sehr preiswert
Wohn-, Schlaf-, Speise-, Herrenzimmer
farbige Küchen, einzelne Möbel
Liefere frei Haus. Liefere auch auswärts.
Gekaufte Möbel können kostenlos lagern.
Kriegsanleihe nehme in Zahlung.
Möbel-Cohn
Gr. Frankfurter Straße 58
(5 Minuten vom Alexanderplatz)
Filiale: Badstrasse 47-48
(3 Minuten vom Bahnhof Gesundbrunnen).

Gardinen
Auslandsware, zu mäßigen Preisen noch vorrätig. Abgepaßte Scheibgardinen, Fenster 45 Mk. Moderne Künstlergarnituren (dreiteilig), vornehmste Ausführung von 160 bis 175 Mark und darüber. In eleganten Stores und Tülldecken stets Gelegenheitskäufe. (Für Wiederverkäufer Sonderabteilung.) Gardinenhaus
Herzig, Berlin, Dresdener Str. 124 I
am Kottbuser Tor.

Grammophonplatten
alte, auch Bruchstücke
das Kilo 20 Mark, also die Platte je nach Gewicht 4–9 Mark, auch Wachswalzen, Kilo 10 Mark, kauft
Ringewald, O., Schreinerstr. 57 Quergebäude, parterre, rechts.

Trotz des großen Preissturzes
zahle ich noch immer für Kupfer 10.—, Messing 6.—, Rotguß 7.—, Blei 3.—, Aluminium 10.—, Nickel 18.— sowie Zinn und Quecksilber die höchsten Konkurrenzpreise
1 Oderberger Straße 1

Anzüge

Jackett-Anzüge moderne Formen	450.- 480.- 500.- 525.- M.
Jackett-Anzüge mit Gurt u. Falten, gute Stoffe, prima Futtersachen	600.- 700.- 750.- 775.- M.
Jackett-Anzüge blau Cheviot, Ersatz für Maß, erstklassige Verarbeitung	1400.- 1300.- M.
Jackett-Anzüge Ersatz für feinste Maßarbeit, prima Zutaten, allerbeste Stoffe	1950.- M.
Touristen-Anzüge Joppe u. Breeches, haltbare Stoffe u. Ia Manchester	850.- 950.- M.
Hosen vornehme Streifenmuster	42.- 78.- 125., 140.- 195.- 225.- 265.- 385.- M.

Gummi-Mäntel — Cutaways — Sommer-Paletots — Covercoats zu mäßigen Preisen

Keine Filialen mehr

Baer Sohn
Nur Chaussee-Straße 29-30

Bekanntmachung.

1. Es entfallen auf den Abschnitt R. der Berliner Bezugskarte 200 Gr. ausländische Mühlenfabrikate zum Preise von 34 Pf. (je Pfund 84 Pf.) auf die Abschnitte 21 und 22 der allgemeinen Lebensmittelkarte der Stadt Berlin je 125 Gramm, zusammen 250 Gramm lose Haferflocken zum Preise von 70 Pfg. (je Pfund 1,40 Mk.).

2. Unter Ausschluß nachträglicher Annahme sind die Anmeldeabschnitte vom Sonnabend, den 24. April, bis Mittwoch, den 28. April 1920, bei den Kleinhändlern abzugeben.

3. Die Kleinhändler haben die Anmeldeabschnitte zu den oben aufgerufenen Nummern bei den Großhändlern am Donnerstag, den 29. April 1920, abzuliefern.

4. Nicht abgeholte Ware verfällt mit dem 20. Mai 1920.

Berlin, den 22. April 1920.
Magistrat.
Abteilung für Nährmittel.
Tgb. Nr. 6940 Nä.

Metalleinkaufstelle
Neukölln, Schillerpromenade 23
zahlt die höchsten Tagespreise

Zinn! Lötzinn! Weissmetall!
Kupfer! Rotguss! Messing! Aluminium!
Nickelabf.! Blei! Zink! Glühstrumpfasche!
Quecksilber! Stanniolpapier!
Zahngebisse, Zahn bis M. 75.—.
Platinabfälle! Gold- u. Silberbruch!
höchstzahlend: Edelmetall-Einkaufsbüro
Weberstr. 31 (Telef.: Alex. 4243)

Kupfer :: Messing
Quecksilber
Blei :: Zink
zum höchsten Tagespreis
Schulzendorfer Str. 2.

Metallankaufsstelle Osten
Andreasstr. 33, — vis-à-vis der Markthalle — zahlt die höchsten Tagespreise für
Kupfer, Messing, Blei, Zink usw.

Dachpappen,
in verschiedener Stärke, auch einzelne Rollen.
Dachpix,
zum Streichen (Teeren) der Pappdächer.
Faserkitt und Klebemasse,
zum Dichten schadhafter Dächer.
Streichfertige Farben,
für Dachpappe, Holz und Mauerwerk.
Dachpix Gesellsch., Alt-Moabit 75
Verkauf im Fabrik-Kontor.
Telephon: Moabit 7079 und 888.

Spezial-Arzt
für alle Geschlechtskrankheiten.
Harn-, Frauenleiden, Blutuntersuchungen, Salvarsan-Kur. Behandlung schnell, sicher, ohne Berufsstörung. Mäßige Preise.
Dr. med. Lommer, Sprechzeiten 10–1, 4–7½, S. 10–12.
Brunnenstr. 185, (Rosenth. Platz.)

Spezialbehandlung
für Haut- und Geschlechtsleiden
C. Weissert, Invalidenstr. 147 I. Etage, Ecke Bergstraße.
Kostenlose Untersuchung und Beratung über sachgemäße Behandlung
Sprechstunden 10–12 und 4–8, Sonntags 10–12

Spezial-Arzt
f. Geschlechts-, Haut-, Harn-, Frauenleiden: spez. veraltete hartnäckige Harnleiden, nerv. Schwäche, Salvarsan-Kuren, Urin- u. Blutuntersuchung, Licht- u. Finsen-Behandlung, Durchleuchtung, Höhensonne, Bestrahlungen, Getrennte Wartezimmer für Damen und Herren in der Ärztlichen Heilanstalt von
Löser, Münzstr. 9, nahe Alexanderplatz 9–1, 4–8, Sonntags 9–1.

Kupfer
Messing
Zinn
Sämtl. Metalle
Quecksilber
Platin
Gold-, Silber-Abfälle
Zahngebisse
kauft zu riesig
hohen Preisen
in unseren
6 Einkaufsstellen
Metall-Zentrale
1. Brunnenstr. 11
am Rosenthaler Platz
2. Fennstraße 48
am Weddingplatz
3. Beusselstr. 29
nahe der Turmstraße
4. Bahnhofstr. 2
Ecke Schöneberger Str. am Anhalter Bahnhof
5. Neukölln
Kais.-Friedr.-Str. 229
nahe Hermannplatz
6. Weidenweg 72
am Baltenplatz

Möbel
liefert
gegen bar
und auf Teilzahlung zu mäßigen Preisen.
Bürgerliche
Wohnungseinrichtungen
Wohnzimmer
Schlafzimmer
Speisezimmer
Herrenzimmer
in großer Auswahl
Einzelne Möbel
Farbige Küchen
Beiser
Lothringer Str. 67.

Mitesser
Pickel, auch die Sommersprossen, fettglänzende, großporige Haut u. sonstige Hautunreinigkeiten werden am sichersten durch meine seit 30 Jahren viel tausendf. bewährt. Spezialmittel beseitigt. M. 7,50. Zur gleichzeitig. innerlich. Kur Reichels Cattarin • Blutreinigungspulver Sch. 8.—, 3 Schachteln 8,75 M.
Otto Reichel,
Berlin 46, Eisenbahnstr. 4.

Metallhandlung
Wallnertheaterstr. 5
zahlt für Kupfer, Messing, wie alle Metalle die besten Tagespreise.

Kupfer 12.25, Rotguß 9.— b. 10.—
Messing 6.—, Blei 3.—, Zink
Metall-Einkaufs-Zentrale,
Moritzpl. 135 80. **Kottbuser Damm 66** Moritzpl. 135 80.
(Hermannplatz)

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin.

Todesanzeige.

Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Kollege, der Mechaniker
Robert Thygesen
Neukölln, am 20. d. Mts. gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Sonnabend, den 24. 4. 20 nachmittags 1 Uhr, von der Leichenhalle des Gemeinde-Friedhofes in Neukölln, Mariendorfer Weg, aus statt.

Rege Beteiligung wird erwartet.
Die Ortsverwaltung.

Spezial-Arzt für Geschlechts-, Haut-, Harn-, Frauenleiden, speziell veraltete hartnäckige Harnleiden, Ausschlag, Nervenleiden ten. Schwäche, Kopf- u. Kreuzschmerzen, Rheumatismus, Ischias, Gicht. Gegen Lues eigene Heilmethode, verbunden mit Salvarsan-Kuren, Urin- u. Blutuntersuchungen. Im ersten u. ältesten Kur-Institut von
Dir. Löser senior 9–1, 4–8. Sonnt. 9–1. Separates Damenzimmer.
Nur Rosenthaler Str. 69-70 nahe Rosenthaler Platz.

Frauenhaar
ausgekämmtes, kaufe wieder jeden Posten zu höchsten Tagespreisen
Haarhandlung Marx, Neukölln, Hermannpl. 9. I

Kein unlauterer Wettbewerb!
Kupfer M. 12,— p. Kilo Blei M. 3,50 p. Kilo
Rotguss „ 9,— „ Zink „ 2,50 „
Messing „ 6,— „ Zeitungen geh. M. 1,60 „
zahlen
Neukölln, Liberdastraße 4, Hermannplatz 4, Böhmische Str. 16, Pücklerstr. 33,
Berlin, Pücklerstr. 33, Wrangelstr. 72, Falkensteinstraße 18, Michaelkirchpl. 4, Warschauer Str. 19.

Offene Stellen

Ein Beamter
für Agitation u. Büroarbeiten
und 1 zweiter Kassierer
für sofort gesucht.
Bedingung:
Fünfjährige Mitgliedschaft. Bewerbung mit Angabe des Alters, Beruf und Tätigkeit in der Arbeiterbewegung sofort mit der Aufschrift Bewerbung an den Kollegen Fr. Blanck, Zwickau, Römerstr. 14.

Arbeitersekretär gesucht!

Der Ortsausschuß des Allgemeinen Gewerkschaftsbundes in Heilbronn sucht zum baldigen Eintritt einen Arbeitersekretär, der zugleich die Geschäfte des Ortsausschusses erledigt. Reflektiert wird auf eine gute erfahrene Kraft. Rednerisches Talent erforderlich. Bewerbungen unter Beifügung der bisherigen Tätigkeit in der Arbeiterbewegung und Angabe der Gehaltsansprüche sind bis 15. Mai zu richten an
Fr. Reinhardt, Heilbronn a. N., Kurze Str. 5.

In Arbeiter- und Organisationsfragen
durchaus vertrauter 31 Jahre alter, seit 1912 politisch und freigewerkschaftlich organisierter landwirtschaftlicher Beamter, der bis zur Revolution selbstständig größere Güter verwaltet hat und seit dieser Zeit in Arbeiterorganisation tätig ist (jetzt leitender Angestellter im Deutschen Landarbeiter-Verband), sucht sich möglichst bald zu verändern. Da in der Landwirtschaft und Verkehr mit Behörden und mit den einschlägigen Gesetzen, sowie auch rednerisch bewandert, übernehme Stellung in Organisationen, Kreis- oder Kommunalbehörden oder Güterverwaltung.

Offerten mit genauer Angabe der gewünschten Tätigkeit sowie Gehalt und anderen Bedingungen unter **H. K. Nr. 1** an die Expedition dieses Blattes.

Weibl. Hausangestellte find. kostenlos jede gewünschte Stellung durch Arbeitsnachweis der Stadt Berlin Abteilung für Hausangestellte, Gormannstr. 13 (Nahe Bahnhof Börse), Eichhornstr. 1 (Am Potsdamer Platz), Köppenstr. 1 (Nahe Stralauer Platz), Belle-Alliance-Platz 5, Parochialstr. 1 (Am Kriminalgericht), Friedrichstraße 112 (Am Oranienburger Tor), Jägerstr. 11 (Untergrundbahnhof Friedrichstr.), geöffnet 8–7 Uhr.

Arbeiter und Arbeiterinnen
die auf Glimmerringe gearbeitet haben, gesucht.
Mika-Werke, Bln., Neue Grünstr. 27

Achtung Händler!
Lenox 9.— Mk.
und andere Seifen gibt ab von 8–6 Uhr.
Steise, Blumenstr. 74.

Zigarren
v. 85 Pf. an, sowie Zigaretten in den billigsten Preislagen. Äußerst günstig für Wiederverkäufer. Lagerbesuch erbet.
W. Krüger u. Co.,
Kaiserstr. 44/45

Elektromotore
Gleichstrom :: Drehstrom
kauft
Ingenieurbureau Schlichting
Berlin W 9, Linkstr. 10.
Tel.: Lützow 5705 und 5518

Die Eroberung der politischen Macht.

Von Artur Crispien.

Die proletarische Revolution hat zwei große Epochen: den Kampf um die Eroberung der politischen Macht und ihre Behauptung für die Uebergangszeit vom Kapitalismus zum Sozialismus.

Die Befreiung der Arbeiterklasse kann nur das Werk der Arbeiterklasse selbst sein, weil alle anderen Klassen, trotz der Interessengegensätze untereinander, auf dem Boden des Privateigentums an Produktionsmitteln stehen und die Erhaltung der Grundlagen der kapitalistischen Gesellschaft zum gemeinsamen Ziel haben. (Aktionsprogramm der U. S. P. D.)

Vorbemerkungen.

Die Sehnsucht und das Streben nach Frieden, Harmonie und Freiheit sind so alt, wie die Klassengesellschaft mit ihren Klassengegensätzen und Klassenkämpfen. Mit dem Kapitalismus wurde das moderne Proletariat geboren. Die Besitzenden, die Eigentümer der Produktionsmittel, waren die Reichen. Die Besitzlosen waren die Armen. Den Besitzlosen fehlte zunächst das Klassenbewußtsein. Sie fühlten sich nicht als Klasse, sondern als Arme. Die schrankenlose Ausbeutung des Proletariats durch die Kapitalisten führte zu grenzenlosem Elend.

Da standen Männer auf, Menschenfreunde, die das hohe Lied der Menschenliebe sangen: Thomas More, Thomas Campanella, Charles Fourier, Saint-Simon, Robert Malthus, Robert Owen, Etienne Cabet und andere. Diese Männer bemühten sich, aus Fürsten und Besitzenden Erlöser der Unterdrückten und Geplagten zu machen, entwarfen Pläne und Gesellschaftsverträge, durch deren Verwirklichung Gemeinwesen der Glückseligkeit erstehen sollten, predigten den Armen Enthaltung, damit sie nicht mehr Kinder zeugen als sie ernähren können, gründeten Arbeitergemeinden und Genossenschaften und Fabriken mit Wohlfahrtseinrichtungen. Das Evangelium der Arbeit sollte als neue Religion zum Wohl der Menschheit wirksam werden. Die Armen sollten sich die Reichen nicht zu Feinden machen, sondern sie von der Güte ihrer Pläne überzeugen und sie für diese zu gewinnen suchen.

Die Armen selbst lehnten sich gegen ihre Pein durch plan- und ziellose Aufstände auf. Ueberall gab es Hungerrevolten und wilde Bewegungen. Maschinen und Fabriken wurden zerstört. 1831 der Aufstand der Seidenweber in Lyon. Ihr Sturmzeichen war eine schwarze Fahne, auf der die Worte standen: „Arbeitend leben oder kämpfend sterben!" 1844 in Peterswaldau und Langenbielau der Aufstand der Weber. In ihrem Kampflied lederte trotziger Hohn: „Ihr Schurken all, ihr Satansbrut! Ihr höllischen Kusone! Ihr freßt der Armen Hab und Gut, und Fluch wird euch zum Lohne!" Alle diese Aufstände wurden blutig niedergeworfen.

Sozialistisch-kommunistische Bestrebungen gibt es seit dem Aufhören des Urkommunismus. Platon forderte einen besonderen Kommunismus für die Aristokraten. Die Urchristen vertraten einen Kommunismus der Konsumtion. Während der Bauernkriege kämpfte besonders Thomas Münzer für kommunistische Forderungen der Bauern. Während der Reformation bildeten sich die Sekten der Wiedertäufer, die ein Reich Christi auf Erden auf der Grundlage der Gütergemeinschaft erstrebten. Während der bürgerlichen Revolutionen in England und in Frankreich traten wiederholt sozialistisch-kommunistische Bestrebungen in Erscheinung. In England die religiös-politischen und staatsgefährlichen Sekten der Independenten, der Leveller, der Diggers und der Quäker. Die Kämpfe der Arbeiter um den Zehnstundentag. Die große Chartistenbewegung um politische Rechte. In Frankreich die geheimen Gesellschaften der Carbonari, der Freunde des Volkes, der Gesellschaft der Menschenrechte, der Gesellschaft der Jahreszeiten, der Bund der Geächteten, der von deutschen Handwerksgesellen in Paris gegründet war und Verbindungen in Deutschland hatte. Von diesem Bund zweigte sich ein Bund der Gerechten ab, dem 1847 Marx und Engels beitraten. Der Bund der Gerechten wurde als Bund der Kommunisten reorganisiert. Das Kommunistische Manifest wurde sein Programm.

Beginn des proletarischen Klassenkampfes.

Das Kommunistische Manifest ist das erste historische Dokument des wissenschaftlichen Sozialismus, wie ihn das moderne, klassenbewußte Proletariat vertritt. Mit dem kommunistischen Manifest betrat das Proletariat als Klasse die politische Bühne. Das Klassenbewußtsein war erwacht. An die Stelle der utopistischen Träumereien, der wilden Verzweiflungsakte und der geheimen Verschwörungen trat der planmäßige, zielbewußte Klassenkampf gegen die Kapitalistenklasse. „Alle bisherigen Bewegungen waren Bewegungen von Minoritäten oder im Interesse von Minoritäten. Die proletarische Bewegung ist die selbständige Bewegung der ungeheuren Mehrzahl im Interesse der ungeheuren Mehrzahl." Von den verschiedenen Klassen der Gesellschaft kommt allein das Proletariat als Träger und Vollstrecker der Revolution in Betracht. Durch die Revolution wird mit dem Kapitalismus das Privateigentum an den Produktionsmitteln beseitigt werden und der Sozialismus mit der Vergesellschaftung des Eigentums an seine Stelle treten. Alle anderen Klassen, mögen sonst Gegensätze zwischen ihnen bestehen, sind als Interessenten für den Kapitalismus für die Erhaltung der kapitalistischen Gesellschaft oder für die Rückkehr zu überwundenen Entwicklungsstufen. Die Befreiung der Arbeiterklasse kann nur das Werk der Arbeiterklasse selbst sein. Sie muß die politische Macht erobern und die öffentliche Gewalt ausüben, bis der Sozialismus verwirklicht ist.

Die Führer des klassenbewußten Proletariats richteten in den vierziger Jahren des 19. Jahrhunderts ihre Aufmerksamkeit hauptsächlich auf Deutschland, weil Deutschland am Vorabend einer bürgerlichen Revolution stand, die nur als unmittelbares Vorspiel einer proletarischen Revolution betrachtet wurde. Diese Auffassung war irrig.

Deutschland war zu jener Zeit kleinbürgerlich und kleinbäuerlich. Auf dem flachen Lande herrschten die Großgrundbesitzer, die immer noch viele feudale Vorrechte hatten: Gutspolizei, Patrimonialgerichtsbarkeit, Kirchenpatronat, Jagdrecht usw. Das Landvolk diente unter den Gesindeordnungen und hatte Spanndienste und andere Fronarbeit zu leisten. In den Städten war das zünftige Handwerk vorherrschend. Die Gesellen hofften einst selber Meister zu werden. Der Wandergang trieb viele Gesellen bis ins Ausland, wo sie fortschrittlichere wirtschaftliche und politische Zustände und oft auch sozialistische Ideen kennen lernten. Der Kapitalismus stand noch am Anfang seiner Entwicklung. Die Hausindustrie war besonders verbreitet im Schwarzwald, auf den bayrischen Alpen, in Thüringen, auf dem Riesen- und Erzgebirge. Handwerker waren zu kapitalistischen Verlegern geworden. Bauern fanden in der Hausindustrie Nebenverdienst. In Schlesien und Sachsen hatte der Kapitalismus einen starken feudalistischen Einschlag. In Rheinland-Westfalen war er moderner und fortschrittlicher. Die deutschen Kapitalisten erstrebten ihre Konkurrenzfähigkeit durch maßlose Ausbeutung der Arbeiter: Hungerlöhne und lange Arbeitszeit. Koalitionsverbote halfen dazu, die Arbeiter wehrlos zu machen. Die Bauern, die Kleinbürger und die Lohnarbeiter waren die drei großen Klassen der Gesellschaft. Die Lohnarbeiter waren arm, gedrückt und hilflos, und standen materiell und ideell am tiefsten. Sie waren an Zahl kleiner, als die andern Klassen und hatten auch ökonomisch geringere Bedeutung als sie. 70 bis 80 Prozent der Bevölkerung lebten auf dem flachen Lande. Die Kleinbürger überragten geistig und politisch alle übrigen Klassen der Gesellschaft. Die industrielle Bourgeoisie war eine revolutionäre Klasse, die den Adel, der Geistlichkeit, der Hofkinanz und der Monarchie feindlich gegenüberstand. Die Interessengegensätze, die zwischen den nichtproletarischen Klassen vorhanden waren, traten im entscheidenden Augenblick zurück hinter den Interessen, die alle besitzenden Klassen gemeinsam gegenüber dem Proletariat hatten. Fehlten in der Gesellschaft die ökonomischen Vorbedingungen für den Sozialismus, so fehlten im Proletariat die materiellen und ideellen Vorbedingungen für die Uebernahme der politischen Macht zur Verwirklichung des Sozialismus.

Marx und Engels erkannten bald, daß das Proletariat durch politische Betätigung, durch Erringung sozialer Reformen und durch sozialistische Bildungsbestrebungen materiell und ideell auf ein höheres Niveau gebracht und für einen Jahrzehnte währenden zähen Klassenkampf fähig und stark gemacht werden mußte. Und so begann der Klassenkampf des Proletariats nicht mit der Erhebung der Arbeiterklasse zur herrschenden Klasse, sondern mit dem Ringen um die Vorbedingungen für den Kampf um die Eroberung der politischen Macht. Das klassenbewußte Proletariat betrat den Boden der bürgerlichen Demokratie, nicht um sich mit dieser Demokratie zu identifizieren, sondern um sie als Kampfmittel zu gebrauchen.

Gewerkschaftliches.

Streik der gesamten Brauereiarbeiter.

Eine Versammlung der Funktionäre und Betriebsräte der Brauereien Groß-Berlins nahm gestern Stellung zu den Zugeständnissen der Unternehmer. Eine am Donnerstag darüber stattgefundene Urabstimmung in den Betrieben ergab nicht ganz eine Zweidrittelmehrheit. Die Versammelten waren der Ansicht, daß durch zahlreiche ungültige Stimmen bei der Abstimmung Irrtümer obgewaltet haben müßten. Die Lohnkommission und Organisationsvertreter zogen sich unter Vertagung der Versammlung zurück und schlugen nach Beratung vor: 1. Den Schlichtungsausschuß anzurufen, 2. die gesamten Brauereiarbeiter treten am Sonnabend früh in den Streik." Die Versammlung beschloß nach kurzer Diskussion einstimmig, geschlossen in den Streik zu treten, unter Aufrechterhaltung der seinerzeit gestellten Forderungen. Beschlossen wurde, daß die Maschinisten und Heizer der Bergschloß-Brauerei zur Nährmittelfabrikation ihre Tätigkeit weiterhin ausüben sollen. Betreffs Notstandsarbeiten trifft die Streikleitung die erforderlichen Maßnahmen.

Seit 20 Jahren ist dies der erste Streik der Brauereiarbeiter um wirtschaftliche Forderungen.

Der 1. Mai und die Angestellten.

Der Arbeitsausschuß der Afa-Berlin hat mit Stimmenmehrheit beschlossen, folgenden Aufruf an die der Afa angeschlossenen Mitglieder zu erlassen:

Die organisierte Arbeiterschaft hat seit Jahrzehnten den 1. Mai gefeiert als Demonstration für den Völkerfrieden, für die Solidarität aller Arbeitnehmer und für deren soziale Grundrechte.

Die Revolution hat eine Erfüllung der Erwartungen der Arbeiterschaft nicht gebracht. Am Kapp-Putsch sehen wir, daß reaktionäre Kräfte am Werke sind, die bescheidenen Errungenschaften der Revolution zunichte zu machen. Aus diesem Grunde hat die Arbeitnehmerschaft besondere Veranlassung, für ihre Forderungen durch Arbeitsruhe zu demonstrieren, um so mehr, als die Dinge gegenwärtig einer Entscheidung entgegentreiben.

Es muß auch in Deutschland gelingen, auf der Grundlage wahrer Demokratie, den entscheidenden Einfluß im Sinne der großen Mehrheit des Volkes sicherzustellen. Diesem Ziel gilt der nächste Kampf.

Auch die organisierten Angestellten müssen an diesem Kampfe tätigen Anteil nehmen.

Darum auf zur Feier des 1. Mai!!!

Arbeitsgemeinschaft freier Angestelltenverbände
Ortskartell Groß-Berlin.

---

33) # Der Sternsteinhof.

Roman von Ludwig Anzengruber.

XI.

Zwei fanden sich in ihren Voraussetzungen getäuscht: der Kleebinder Muckerl, welcher erwartete, daß Helene schon am nächsten Tage an sein Krankenlager eilen, ihn beklagen und sich entschuldigen würde, und der Toni vom Sternsteinhof, der einer Fortsetzung des Streites am Mittagstisch noch für den Abend des gleichen Tages entgegensah. Das Mädchen blieb fern und der Alte stumm.

In der Hütte des Herrgottlmachers sprach die Matzner Sepherl ein, so oft sie Zeit hatte abzukommen, und teilte sich mit der alten Kleebinderin in die Pflege des Kranken. Auf dem Sternsteinhofe ging alles seinen gewohnten Gang.

Darüber verflossen Tage und wurden zu Wochen, in der vierten durfte Muckerl das Bett verlassen. Er hatte alle Bezeigungen von Freundlichkeit und Sorge seitens der Sepherl gleichmütig hingenommen und litt es auch jetzt, daß diese seiner Mutter behilflich war, ihn wie ein Kind, das erst das Gehen gewöhnen müsse, nach dem Werktische zu leiten.

Tiefaufatmend saß er dort, Sepherl zog einen Stuhl herzu und setzte sich an seine Seite. Die alte Kleebinderin stand mit gefalteten Händen, sah ihren Buben lange nachdenklich an und nickte mit dem Kopfe wie jemand, der sich in etwas schickt, das nun einmal vorüber sei und weit übler hätte ablaufen können. Dann ging sie aus der Stube und ließ die beiden allein.

Sepherl faßte Muckerls Hand. „Wie froh bin ich," sagte sie, „daß wir dich wieder so weit haben."

Er starrte vor sich hin, zog sachte seine Hand zurück und begann unter seinen Schnitzmessern und Werkgeräten zu kramen.

„Schau'" — schwätzte die Dirne weiter — „nun hätt' ich an dich eine große Bitt'. Nämlich, ich hab' ein Gelöbnis getan für den Fall, daß alles gut ablaufen tät; aber dasselbe zu halten wär' ich allein nit imstand' und hab' schon zum Vorhinein d'rauf gerechnet, daß du das deine dazu tun würd'st, und das is eigentlich 's allermeiste, wie ich dir frei sagen muß. Gelt, ich bin dreist?"

Er blickte auf. „Gar nit," sagte er, „ich bin dir viel Dank schuldig."

„Deswegen doch nit; Dank's holber verlang' ich mir nix! Hör' mich an. Ich hab' der allerheiligsten Jungfrau ein Bildnis versprochen für unser Kirchen; denk' dir, wie ich kindisch bin, schnitzen mühl's freilich du, ledig' 's Aufstellen wär' mein' Sach'. In Gedanken hab' ich's g'habt, weißt, als die Allerreinste, af der Weltkugel stehend, die Schlang' unter'n Füßen; 's Jesuskind tät wegbleib'n, daß dir's weniger Arbeit macht und billiger kommt. Verstehst?" Sie sah auf ihre Schürze nieder, die sie glatt strich, und flüsterte: „Was d' dafür kriegst, das zahlet ich dir schon kleinweis, so nach und nach, wann d' mer d' Freundschaft erweist."

„Bist g'scheidt?" fragte der Bursche. „Von dir werd' ich noch ein Geld nehmen! Ganz umsonst mach' ich dir's, wie ja auch du umsonst meiner Mutter beig'standen bist in der schweren Zeit."

„Das geht nit, Muckerl, das darf ich nit annehmen! Ah, wenn ich mir's schenken ließ, da käm' ich freilich leicht davon! Fremde gute Werk' und anderer Eigentum könnt' jeder Narr 'm Himmel geloben, da wär' weiter kein Verdienst dabei! Nein, nein, g'schenkt nehm' ich's nit, das wär' g'rad' so viel, als ob ich unserer lieben Frau nit Wort hielt', wenn ich all's ein'm andern zuschieb', und gar nix dazu tun tät."

„Is a Unsinn," brummte der Bursche ärgerlich, dann blinzte er die Dirne von der Seite an und sagte ernst: „No, weißt was, zahl' mir halt d' Farb, die ich für'n Anstrich brauch'."

„Wird dös wohl viel ausmachen?" fragte die Dirne rasch.

Muckerl hielt die Hand vor den Mund und hustete, dann antwortete er kurz: „Für ein's, was so wenig hat wie du, allweil noch g'nug."

„Ich dank' dir aber schon recht vielmal, Muckerl." Sepherl blickte ihn dabei zärtlich an. „Ich kann sagen, da hast' mir wohl ein' schweren Stein vom Herzen g'nommen! Und weißt, aufstellen wollen wir dann das Bild noch der Zeit, wo du von der Stellung heimkommst, denn ich denk', dich werden s' doch nit zum Soldaten nehmen."

Der Bursche schüttelte den Kopf und sah wehmütig lächelnd an seinem abgezehrten Körper hinab. Dann begann er mit der Dirne zu akkordieren, — gleich als hätte er es mit einer 'höbigen Bäuerin zu tun, — wie hoch, welcher Weis' sie wohl das Bildnis haben wolle, und schmunzelte nur verstohlen über ihre redseligen Erklärungen. Zuletzt hieß er sie aus dem Vorrate einen ziemlich schweren Block auf den Arbeitstisch schaffen. Die Figur sollte über ein Drittel Lebensgröße haben. Von dem Tage an beschäftigte er sich mit dieser Arbeit.

* * *

An einem Abende der sechsten Woche war es, daß in der letzten Hütte des Ortes zwei Gesichter sich anstarrten, aus denen jeder Tropfe Blutes gewichen war.

Nach langem peinlichen Schweigen löste sich der Krampf des einen und wie unter fieberfrostschütteln fielen die Worte: „Du darfst mich nit in der Schand' lassen."

Das löste auch die andere Zunge, sie mochte am trockenen Gaumen geklebt haben, so heiser klang es: „Ich weiß mir da kein' Rat, als Ihr müßt's h'nauf af'n Hof 'm Alten unter die Augen."

Nun folgte erst ein verstörtes, ziellosesHin- und Widerreden und zuletzt eine in angstvoller Hast sich überstürzende Einigung.

Eine bange Nacht ging dem kommenden Morgen voraus. Der Reif lag noch auf den jungen Gräsern und Blättern, als sich zwei Frauenzimmer durch das Dorf schlichen, sachte, als scheuten sie den Hall ihrer eigenen Tritte, über die Brücke huschten und den Weg nach dem Sternsteinhofe einschlugen.

Das Gesinde machte große Augen, als es so in aller Früh' morgens die Kinshofer mit ihrer Dirn' heraufsteigen sah. Die Zimge schritt aufrecht an Knechten und Mägden vorüber und gab ihnen nicht Gruß, noch Wort; die Alte folgte duckisch nach, sie nickte jedem und jeder zu und grüßte mit einschmeichelnder Freundlichkeit.

Man erschauderte und lachte hinter den Beiden her. Was der Aufzug wohl zu bedeuten hatte?

Der Sternsteinhofbauer saß mit Toni beim Frühstück. Er blickte verwundert auf, als es an der Türe pochte. Toni schrak zusammen, er legte seine Pfeife auf den Tisch, erhob sich und öffnete die Türe.

(Fortsetzung folgt.)

Kein Straßenbahnverkehr am 1. Mai.

In einer Versammlung aller Arbeiter der Städtischen Elektrizitätswerke Berlin, wo u. a. auch über die Beteiligung an der Maifeier gesprochen wurde, berichtete der Vorsitzende des Betriebsrats, Genosse Sült, daß die Groß-Berliner Straßenbahn an den Betriebsrat herangetreten ist und ihm mitgeteilt hat, daß der Arbeiterausschuß der Großen Berliner beschlossen hat, den Betrieb am 1. Mai von 4 Uhr morgens bis 12 Uhr nachts restlos ruhen zu lassen, und ersucht der Arbeiterausschuß den Betriebsrat der Städtischen Elektrizitätswerke, während dieser Zeit keinen Strom ins Netz zu entsenden.

Die Versammlung beschloß einstimmig, einen aufs äußerste beschränkten Sonntagsbetrieb durchzuführen, ohne Straßenbahn- und Hochspannungskonsumenten. Des weiteren wurde einstimmig beschlossen, 50 Proz. des Verdienstes vom 1. Mai an die Opfer des Kapp-Putsches abzuführen. Dieser Beschluß ist gültig, ob der 1. Mai als gesetzlicher Feiertag erklärt wird oder nicht. In derselben Versammlung der Elektrizitätsarbeiter wurde auch Stellung zum Schiedsspruch des gemeindlichen Zentralausschusses genommen. Nachdem Sült den Bericht über die Lohnverhandlung erstattet hatte, sprachen sich sämtliche Diskussionsredner einstimmig für Ablehnung des Schiedsspruches aus. Es wurde beschlossen, sofort eine Urabstimmung in den Betrieben vorzunehmen, und wurde der Betriebsrat mit den Gewerkschaften beauftragt, bei Ablehnung sofort weitere Schritte beim Magistrat zu unternehmen.

Die Eisenbahner und die Schließung der Werkstätten.

Im völlig überfüllten Saale der Neuen Welt fand am Mittwoch eine vom Deutschen Eisenbahner-Verband veranstaltete, öffentliche Eisenbahnerversammlung statt. Der Bezirksleiter Knebel schilderte in seinem Referat die Schwierigkeiten bei der Wiedereinstellung der zu Beginn dieses Jahres gemaßregelten Kollegen und die Verhandlungen über eine Teuerungszulage. Die Zulage, stündlich 80 Pf. und für jedes Kind 30 Pf., soll vom 1. April ab gezahlt werden. In ausgiebiger Diskussion, in der besonders Steinberg vom Hauptvorstand des D.E.V. eingehend die Vorgänge bei der Schließung der Werkstätten und beim Kapp-Putsch behandelte, wurde allseitig auf das entschiedenste gegen das herausfordernde reaktionäre Verhalten von Beamten bei der Eisenbahnverwaltung Stellung genommen. Die imposante Veranstaltung wurde in später Stunde beendet, nachdem folgende Resolution zur Annahme gelangte:

„Die Tausende von Eisenbahnern, die am 21. April 1920 versammelt sind, erheben schärfsten Einspruch gegen die rigorose Schließung der Werkstätten und noch mehr gegen das äußerst reaktionäre Benehmen bei den Wiedereinstellungen. Die Werkstättenschließungen gewinnen dadurch in erhöhtem Maße den Anschein der gewerkschaftlichen und politischen Maßregelung. Diese Vorgänge und das Verhalten einzelner Beamten der Eisenbahnverwaltung während des Generalstreiks haben das Mißtrauen der Eisenbahner in so hohem Maße gestärkt, daß sie es für unbedingt erforderlich halten, daß diese reaktionären Beamten sofort entfernt werden. Die Versammlung erblickt in dem Verbleiben des Ministers Oeser und des Präsidenten Wulff in ihren Aemtern keine Gewähr dafür, daß den gerechten Forderungen der Eisenbahner entsprochen wird und der Bestand der Republik gesichert ist."

Mitglieder des Verbandes der Bäcker und Konditoren.

Die Wahlen zum Verbandstag am 11. April haben der Opposition einen gewaltigen Erfolg gebracht. Zehn Kollegen der Opposition sind gewählt gegen nur drei Kollegen von der Liste der Ortsverwaltung. Am Sonntag findet nun in denselben Lokalen von 9—2 Uhr die Stichwahl statt. Zur Wahl stehen sieben Kandidaten, von denen sechs zu wählen sind; vier von den sieben Kandidaten gehören der Liste der Opposition an, und wir fordern die Kollegen auf, nur diese vier Kandidaten, deren Namen noch durch Flugblätter vor den Wahllokalen den abstimmenden Kollegen bekanntgegeben werden, auf dem Stimmzettel stehen zu lassen und die andern drei Namen zu streichen. Mögen die Anhänger der Ortsverwaltung dann selbst in der Abstimmung entscheiden, mit welchem ihrer Kandidaten sie am wenigsten einverstanden sind. Folgt dieser Anweisung, keiner darf bei der Wahl am Sonntag fernbleiben.

Die Opposition.

Hungerlöhne im Filmpalast Kammersäle, Teltower Str. 1—4. Der Besitzer des Filmpalastes erklärt seinen Angestellten, die wegen Zahlung von Tariflöhnen vorstellig wurden, daß er nicht daran denke, diese zu zahlen. Dem Vertrauensmann, der die Bezahlung forderte, wurde kurzerhand gekündigt. Derselbe Herr zahlt noch heute Arbeitern einen Tagelohn von 16 M. bei einer Arbeitszeit von morgens 9 Uhr bis abends 10 Uhr. Ein anderer Arbeiter, der von morgens ½8 Uhr bis 11 Uhr abends arbeitet, erhält 50 M. Wochenlohn.

Typograph G. m. b. H. Ausgesperrte Kollegen, heute nachm. 4 Uhr Versammlung im bekannten Lokal.

Die im Zentralverband organisierten Krankenkassenangestellten hielten am Donnerstag eine Branchenversammlung ab, in der der Sektionsleiter Mahnz einen Bericht über die Bestrebungen gab, die sich in der Allgemeinen Ortskrankenkasse Berlin, betreffs Gründung einer Betriebsorganisation bemerkbar machen. Weiter teilte er mit, daß der Betriebsrat der A.O.K. ohne vorherige Verständigung mit der Sektionsleitung seine Zustimmung zur Leistung von Ueberstunden gegeben hat, was aufs schärfste zu verurteilen sei. Nach lebhafter Diskussion wurden zwei bereits von der Vertrauensmännerkonferenz zugestimmten Resolutionen angenommen, die sich gegen die Gründung von Betriebsorganisationen und der Leistung von Ueberstungen an mehr als 8—10 Tagen wenden.

Apothekenarbeiter! Dienstag, den 27. April, abends 7½ Uhr, im Königstadt-Kasino, Holzmarktstraße 72, Gr. Versammlung. Tagesordnung: Bericht über die Tarifverhandlungen.

Achtung Friseurgehilfen! Die Sonntagskontrolle findet von 9—10 Uhr vormittags in folgenden Lokalen statt: Elisabethstraße 30, Georgenstraße 24, Belle-Alliance-Platz 6, Martin Lutherstraße 78, Savigny-Platz 1.

Groß-Berlin.

Räteschule.

Anfang Mai beginnen die Lehrkurse der Räteschule für die Betriebsräte aller Industriegruppen. Es ist unbedingt notwendig, daß die Betriebsräte der Groß-, Mittel- und Kleinbetriebe sofort zu dieser Frage Stellung nehmen.

Um die Tätigkeit als Betriebsrat wirksam ausüben zu können, müssen geeignete und befähigte Mitglieder des Betriebsrates für die Teilnahme an den Kursen, die für ihren Betrieb bzw. für ihre Industriegruppe in Frage kommen, bestimmt werden.

Nur durch eine planmäßige Ausbildung der Betriebsräte auch auf diesem Gebiet ist es möglich, den großen Anforderungen der Zukunft gerecht zu werden.

In den Lehrplan sind folgende Unterrichtsgegenstände aufgenommen:

I. Allgemeine Kurse für jeden Betriebsrat ohne Unterschied der Industriegruppe.

1. Wesen und Aufbau der modernen Industrie-Unternehmen. 2. Systematische doppelte Buchführung. 3. Wirtschaftsgeographie. 4. Bilanzkunde. 5. Die Bank im Kapitalismus und Sozialismus. 6. Deutsch, schriftliche und mündliche Berichterstattung. 7. Rechtskunde (Betriebsrätegesetz). 8. Kritisches Zeitungslesen.

II. Fachkurse für bestimmte Industrien. Gruppe Metallindustrie: 1. Fabrikorganisation, 2. Einführung in die Elektrotechnik. 3. Vorbereitungskurse für Kalkulationsunterricht: a) Projektionslehre und technisches Zeichnen; b) Geometrie; c) Algebra; d) Kaufmännisches Rechnen. 4. Kalkulation. — Gruppe Graphisches Gewerbe: Betriebskunde für Schriftsetzer, Buchdrucker und Steindrucker. — Gruppe Bekleidungs- und Textilindustrie: Materialkunde für Textil- und Bekleidungsindustrie. — Gruppe Verkehrsgewerbe: Eisenbahn- und Straßenbahnwesen. — Gruppe Chemische Industrie: Einführung in die Chemie. — Gruppe Landwirtschaft und Gärtnerei: Landwirtschaftliche Fachkunde und Agrarpolitik.

Unterrichtslokal für alle Kurse ist die 24. Gemeindeschule, Hinter der Garnisonkirche 2 (Nähe Bahnhof Börse). Anmeldung für die Kurse mündlich oder schriftlich in der Woche vom 27. April bis 1. Mai im Bureau der Schule, Münzstraße 24, 3. Stock, woselbst auch alles Nähere über Beginn und Ort des Unterrichts zu erfahren ist. Anmeldungen müssen sofort eingereicht werden. Bei Ueberfüllung der Kurse erhalten Betriebsräte den Vorzug. Auskunft und Beratung über den Unterricht wird im Bureau oder bei Beginn der Kurse durch die Lehrer erteilt.

L. w. — Laß warten!

Ein Genosse schreibt uns:

In Berlin W. würde sich ein Amtsleiter sicher hüten, eine Diensteinteilung einzuführen, durch die das Publikum zwei Stunden und länger im Amtslokal festgehalten wird. Jeder geschniegelte Nichtstuer würde mit dem Spazierstock auf das Pult schlagen, wenn er gezwungen wäre, auch nur eine halbe Stunde im Post- oder Steueramt zu warten. Nur die Proleten im Osten will man durch das Wartenlassen noch immer zur Schafsgeduld erziehen. Eine einzige Arbeiterfrau, die neben mir in der Steuerkasse Hohenlohe-Straße von 9 bis ½12 Uhr vormittag darauf gewartet hatte, ihr Geld anbringen zu können, hörte ich ganz schüchtern bemerken: „Ich muß doch meinem Mann Essen kochen." Die vielen Anderen wagten nicht einmal zu murren. Leider empfinden sie nicht, welche Mißachtung ihrer Person darin liegt, wenn sie wegen einer Lappalie einen halben Tag in einer dumpfen Amtsstube verbringen müssen. Wenn sie zusehen müssen, wie die Beamten hin und her rennen, und welchen bureaukratischen Entwicklungsgang jede Einzahlung zu machen hat; wie Papiere und Bücher gewälzt und Eintragungen gemacht werden, während ihre eigene, viel produktivere Arbeit ungetan bleibt.

An den Beamten liegt nichts. Die sind fleißig, und sie sollen vielleicht dadurch, daß man ihnen das Publikum auf den Nacken setzt, noch mehr angetrieben werden. Denn alle diese Arbeiten im Amt könnte man auch in Abwesenheit der Parteien erledigen. Wie dies ja auch bei den Steuereinzahlungen durch Postscheck geschieht. Und für Auskünfte und besondere Fälle müßte eine besondere Stelle vorhanden sein. Aber wer wird mit Proleten viel Umstände machen. L. w.! Ja, wenn wir Bankdirektoren wären und in Ministerialbureaus zu tun hätten, nicht um Steuern zu zahlen, um zu verdienen, dann könnten wir sicher sehen, daß man mit Parteien umzugehen weiß. Man soll uns jedoch nicht zuviel zumuten. Wir im Osten sind ja sehr geduldig. Aber es könnte doch einmal die schwielige Faust sich bemerkbar machen und für frischen Luftzug in den muffigen Bureaus sorgen.

Diese Worte sind gewiß sehr vielen aus dem Herzen gesprochen. Leider muß nur gesagt werden, daß es auch Beamte gibt, die das Publikum auf eine harte Geduldsprobe stellen. So wird uns ein Fall aus der 78. Brotkommission mitgeteilt, wo ein Beamter auf die Vorhaltungen des Publikums hin sich erlaubte zu sagen, er fertige das Publikum ab, wie es ihm beliebe und nicht, wie es das Publikum wolle. Im zynischen Ton setzte er dann noch hinzu: „So, nun werde ich erst mal eine Zigarette rauchen, und dann kann es weiter gehen." Einer Frau, die sich über dies Benehmen empörte, wollte er ihre Karten nicht verabfolgen. Das ist doch ein ganz unerhörtes Betragen, und wir fordern die Behörde auf, den Beamten zur Rechenschaft zu ziehen. Das Material werden wir ihr gern unterbreiten.

Konferenz der Kinderschutzkommission.

Die Konferenz der Kinderschutzkommission für Groß-Berlin findet am Sonntag, den 25. April, pünktlich nachmittags 2 Uhr, im Plenum des Rathauses Berlin, Aufgang Königstraße, statt, wozu sämtliche Mitglieder eingeladen sind. Tagesordnung: 1. Geschäftsbericht und unsere Aufgaben. Referentin: Genossin Demming. 2. Wahl des Vorstandes. 3. Diskussion.

Neuwahl der Elternbeiräte für die 201. Gemeindeschule. Am Sonntag findet infolge eines gegen die Wahl der Elternbeiräte für die 201. Gemeindeschule eingelegten Protestes, dem stattgegeben wurde, eine Neuwahl statt. Die Eltern der Kinder, die diese Schule besuchen, werden ersucht, sich auch an dieser Wahl zahlreich zu beteiligen und für unsere Liste „Wieschke—Pühlinger" zu stimmen.

Proletarische Feierstunden. Die am 14. März wegen des Kapp-Putsches abgesagte Feier findet morgen, Sonntag mittag ½12 Uhr, im Großen Schauspielhause in der Karlstraße, statt. Die für den 14. März gelösten Karten haben morgen Gültigkeit.

Für Ausflügler nach Eberswalde und Freienwalde wichtig ist eine Fahrplanänderung, die bereits morgen (Sonntag, den 25. ds. Mts.) in Kraft tritt. Von diesem Tage ab werden die Personenzüge 445, ab Stettiner Bahnhof 8.54 Uhr vorm. nach Freienwalde über Eberswalde und sein Gegenzug 445, an Berlin 11,11 Uhr abends auch an den Sonn- und Festtagen gefahren werden. Damit wird der durch den beschränkten Sonntagsverkehr unterbundene Ausflüglerverkehr auf der Stettiner Fernbahnstrecke wieder möglich, ohne daß die auf der Strecke verkehrenden Schnellzüge benutzt werden müssen.

Von unbekannten Tätern angeschossen wurde in der vergangenen Nacht in Lichtenberg der Eisenbahn-Ueberwachungsbeamte Wilhelm Emmelmann aus der Mittelstr. 30 zu Steglitz. An der Ecke der Rödiger- und Wölferstraße erhielt er einen Schuß, der ihn in die Lunge traf und so schwer verletzte, daß er nach dem Hubertus-Krankenhause gebracht werden mußte. Die Täter, zwei Männer, in deren Begleitung sich eine Frau befand, entflohen und entkamen. Der Verwundete war noch imstande, einen Schuß hinter ihnen her abzugeben, konnte sie aber nicht verfolgen. Er glaubt, daß er einen der Flüchtigen getroffen habe.

Lebensmittelkalender.

Reinickendorf. Ab 24. April in den amtlichen Verkaufsstellen auf Abschnitt 24 der Bezugskarte 1 Stück (ca. 210 Gramm) hochwertige Kernseife zum Preise von 4,60 Mk. Familien von 5 Personen an aufwärts erhalten ein Doppelstück (9,20 Mk.).

Weißensee. Abschnitt 13 der allgemeinen Lebensmittelkarte vom 24. bis 28. April ½ Pfd. Marmelade. 1 Pfund kostet 3,70 Mk.

Aus den Organisationen.

3. Distrikt. Heute abend 7 Uhr Mittenwalder Straße 57, Schulaula: 6. Musikabend: „Felix Mendelssohn-Bartholdy". Karten an der Abendkasse.

4. Distrikt. Sämtliche Schulobleute heute abend 7 Uhr bei Philipp, Wrangelstr. 12.

6. Distrikt. Sonntag abend 6 Uhr in der Aula Langestr. 31: Frühlingsfeier unter Mitwirkung von Kindern und Genossen. Billetts: Erwachsene 1,50 Mk., Kinder 0,50 Mk. bei den Funktionären, Gen. Meßner, Strausberger Straße 13, und an der Kasse.

9. Distrikt. Sonnabend 7 Uhr erweiterte Vorstandssitzung im Gesangsaal, Greifswalder Straße 23/24 (Lyzeum).

15. Distrikt. Bezirkskonferenz, 24. April, 7 Uhr, bei Krüger, Puttitzstr. 10.

18. Distrikt. Die Mitglieder der Bildungskommission, die als Ordner zum 1. Mai bestimmt sind, treffen sich Sonntag früh um 9 Uhr am Bahnhof Gesundbrunnen, Eingang Badstraße.

Wilmersdorf-Halensee. Bildungsausschuß. Die Kinderprobe zur Maifeier findet heute nachmittag 4 Uhr im 4. Lyzeum, Mainzer-, Ecke Weimarische Straße, statt. Die Bibliothek steht den Parteigenossen jeden Freitag von 5—7 Uhr in der Spedition unentgeltlich zur Verfügung.

Distrikt Niederbarnim-Nord. Die Delegierten zur Bezirks-Generalversammlung am Sonntag, den 25. April, im Café Bellevue, Stralau-Rummelsburg, Hauptstr. 2, werden ersucht, ½ Stunde früher zu erscheinen, also pünktlich um ½10 Uhr anwesend zu sein.

Weißensee. Genossen der Landagitation und die Genossen, die sich daran beteiligen wollen, treffen sich Sonntag früh 8 Uhr im Lokal von Matsche, Berliner Allee 232. Die gesammelten Exemplare der „Freiheit" sind mitzubringen oder in der Spedition abzugeben.

Vereinskalender.

Freireligiöse Gemeinde. Sonntag vormittags 11 Uhr im Stadthaus, Klosterstr. 68, Vortrag des Herrn Paul Kogel: Der vollkommene Mensch. — Harmonium: Serenade (Toselli). Gäste willkommen.

U. S. P.-Fraktion sozialistischer Lehrer. Sonnabend 5¾ Uhr Sitzung Rathaus.

Zentralverband der Maschinisten und Heizer (Geschäftsstelle Groß-Berlin). Sonntag vormittags 9 Uhr in den Zentral-Festsälen, Alte Jakobstr. 32, außerordentliche Generalversammlung. Wichtige Beschlüsse sind zu erwarten, deshalb zahlreicher Besuch erforderlich.

Zentralverband der Arbeitsinvaliden Deutschlands, Bez. Zentrum. Sonntag, 25. April, 10 Uhr vormittags, in der Schule Gipsstr. 23a, Zimmer 5, Mitgliederversammlung. Gäste willkommen.

Soz. Proletarierjugend, Ortsgruppe Schönhauser Viertel und Prenzlauer Vorstadt. Jugendgenossen, die sich der Wanderung durch die Havelberge anschließen wollen, werden ersucht, sich um 7 Uhr am Bahnhof Schönhauser Allee (Eingang Greifenhagener Straße) zu versammeln. Fahrpreis 1 Mk. — Der Spiel- und Unterhaltungsabend für Ortsgruppe Schönhauser Viertel findet Montag statt.

Altersriegenturnen. Sonnabend von 8—10 Uhr in Pankow, Kaiser-Friedrich-Straße 56, Turnhalle der 7. Gemeindeschule.

Verantwortlich für die Redaktion: Alfred Wielepp, Neukölln. Verlagsgenossenschaft „Freiheit", e. G. m. b. H., Berlin. — Druck der Lindendruckerei und Verlagsgesellschaft m. b. H., Schiffbauerdamm 19.

Messing, Kupfer, Aluminium, Blei und anderes Altmetall kauft zu den höchsten Tagespreisen Schlosserei NIEMANN, Stallschreiberstr. 55, vor Hof, im Keller, k. Laden.

Kupfer p. Kilo 12,50
Messing p. Kilo 4,50
Blei „ „ 3,50
Zink „ „ 2,50
sowie sämtl. Metalle zahlt konkurrenzlos PFIRRO. 3 Ankaufsstellen: Weißenburger Strasse 11, Kastanien-Allee 46 an der Oderberger Straße, Köpenicker Strasse 121a an der Adalbertstr.

Altmetalle, Lumpen, Papier u. Eisen kauft ständig zu den höchsten Tagespreisen H. Semmelsohn, BERLIN SO 26, Naunynstraße 38 an der Oranienbrücke. Amt Moritzplatz 4270.

Stoffe zur Damen- und Herrenbekleidung, Futterstoffe / Kostüme. Konfektion für Damen u. Mädchen, Maßanfertigung. C. Pelz, SO 26, Kottbuser Str. 5.

Noch ist's Zeit! Kupfer, Messing, Zinn, Blei, Quecksilber, Naturstahl kauft wieder zu erhöhten Preisen nur Metallschmelze Prinzessinnenstr. 17.

Altpapier-Verwertungs-Großhandlung, Königstadt 6482, kauft Zeitungspapier Kilo 1,60, Bücher 1,20, Stampfpapier 0,90. Bei größeren Posten freie Abholung. Palisadenstr. 63

Kaufe höchstzahlend Kabel, Litzen, Motore, Leitungsdrähte, Schraubenmaterial, sowie sämtl. Installationsmaterial. Elektr. Wechsel, Neukölln, Kottbuser Damm 94, Eing. Schinkestr. Tel.: Mpl. 8157.

Papierleitungen, Litzen, Kabel, Dynamo- u. Klingeldrähte kauft höchstzahl. Einkaufsbüro O. 34, Gubener Str. 23. Alex. 1940.

Schnellaufbohrer, Schmirgelleinen, Naturstahl, Fräser, Reibahlen, Gewindebohrer, neue, kauft zu allerhöchsten Tagespreisen. Händler Extrapreise. Henschel, Moabit, Rostocker Str. 22.

Lötzinn bis 20.— p. Kilo. Zinn bis 40.— per Kilo kauft Zinnschmelze Cassirer, Schulzendorfer Strasse 13. Tel.: Norden 5634, Spt. 1102.

ohne Berufsstörung bei chronischen Beschwerden, Haut-, Harn- u. Frauenleiden, Untersuchungen etc. Auch schriftl. Auskunft. Sprechst. 11—1, 4—8, Sonntags v. 11—1. Natura-Institut, Büschingplatz 3 (direkt am Halleschen Tor).

Schnellaufbohrer, neue, jeden Posten bis 200 % Naturstahl, Holzschrauben kauft Friedrich Hoegmeister nur Lichtenberg, Weichselstr. 15. Alex. 1260.

SPIRALBOHRER, Schmirgelleinen, höchst. Preise. Mechanische Werkstatt: Förster, b. Michael, Charl. Neue Christstraße 7.

Alt-Metalle, Kupfer, Messing, Metalle jeder Art zu höchsten Tagespreisen. Gerlach, Schliemannstr. 19.

Achtung! Die höchsten Preise für Spiralbohrer S. S. und W., neue, zahlt Schukkel, Lichtenberg, Möllendorffstr. 10, Eingang Rödigerstr. Lichtbg. 1324.

Kupfer, Messing, Blei, Zink usw., Zahngebisse, Quecksilber. Rolle & Sohn, Schönhauser Allee Nr. 143, direkt Hochbahn Danziger Str.

METALLE: Kupfer p. kg M. 12.—, Messing „ 5.—, Blei „ 3.—. Preise je nach Tageskurs. Nur Waßmannstraße 22.

Kupfer 12,00, Messing 5,00, Blei 3,00 — Eisen — Grellstrasse 33 am Bahnhof Weißensee.

!!! Geld !!! für jede Wertsache. Höchste Ankaufspreise f. Pfandscheine, Brillanten, Goldgegenstände, Teppiche, Bücher usw. Weill, Friedrichstr. 41 III.

Bettnässen. Befreiung sofort. Alter und Geschlecht angeben. Ausk. umsonst. Aerztlich bewährte ges. gesch. Methode. Institut Englbrecht, München.

Alt-Metalle für Engrosverwertung. Invalidenstr. 142. Nord. 9649.

Inserate für die Abend-Freiheit müssen spätestens bis 10 Uhr vormittags, für den darauffolgenden Tag bis 4 Uhr nachm., Sonnabends 2 Uhr nachm. bei der Expedition Schiffbauerdamm 19 aufgegeben sein.

Offeriere Voigttheatergarten für Pfingstfrühkonzerte, Sommertheatervorstellung, Tanzsaal dabei. Offerten Theaterbüro, Badstraße 58.

Zeugen gesucht, die gesehen haben, wie ich am 28. 10. 19 in die Kellerluke vor der Kantine Ambi II Flugplatz Johannisthal gestürzt bin, besonders Herr Anton Nowazin und derjenige, welcher mich hat aus der Grube herausheben helfen, werden ersucht, sich zu melden bei Hermanowski, Johannisthal, Waldstr. 51.

Kupfer, Messing, Blei, Zink, Zinn, Eisen — Alle Arten rohe Felle kaufen — Fuchs & Wild, Katzlerstraße 10.